

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 267
octobre 2020

52^e année
paraît 4 fois par an

RENTREE SOCIALE DER CGFP



Anlässlich der Rentrée sociale befasste sich der CGFP-Nationalvorstand am vergangenen 21. Oktober mit den Folgen der Corona-Krise. Das Gremium verurteilte zudem die jüngste Forderung der Handwerkerföderation, dass die Beschäftigten u.a. im Krankenschein künftig nur noch 80 %, statt wie bisher 100 % erhalten sollen. Die Bilanz über die Rede zur Lage der Nation und den Staatshaushalt 2021 ist durchwachsen. Auf der Agenda stand auch die Forderung nach einer verwaltungsübergreifenden Reglementierung des Homeoffice im öffentlichen Dienst. In Kürze wird eine CGFP-Arbeitsgruppe einen ausführlichen Forderungskatalog vorlegen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 9

EFFACER LA DETTE EN SAUVANT LE CLIMAT ?



Pandémie, confinement, endettement... Comme nous tous, chercheurs, économistes et politiques s'interrogent depuis mars 2020 sur les causes et les solutions à apporter à cette crise. Comme après chaque catastrophe, de nouvelles idées émergent qui deviennent tout à coup réalisables. Parmi elles, une proposition : effacer la dette en contrepartie d'investissements climatiques. Décryptage...

Voir les pages 12 et 13



CGFP-Doppelspitze im fp-Interview

Geschickte Macher

Im Dezember 2016 übernahm das teilerneuerte Exekutivbüro die Geschicke der CGFP. Im Interview mit „fonction publique“ lassen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger die vergangenen vier Jahre Revue passieren. Aus dem überwältigenden CGFP-Sieg bei den jüngsten Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst lässt sich deutlich ablesen, dass vieles richtig gemacht wurde.

Nach drei erfolgreichen Protestkundgebungen innerhalb von nur vier Jahren schaffte es die CGFP, beinahe all ihre Kernforderungen durchzusetzen. Zu den größten Erfolgen zählen zweifelsohne die

Abschaffung der unsinnigen 80/80/90-Regelung und die Einführung der innovativen Zeitsparkonten.

Mission erfüllt? Nicht ganz! Im Hinblick auf die Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst legt die CGFP-Führung derzeit in Zusammenarbeit mit den CGFP-Gremien die gemeinsame Marschroute fest. Bei der Fortsetzung der Tripartite-Gespräche will die CGFP darüber wachen, dass die Kosten der Krise nicht ausschließlich auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Zudem wird die CGFP-Exekutive zur Abschaffung des umstrittenen Bewertungssystems alle Kräfte mobilisieren.

Lesen Sie das ausführliche Interview auf den Seiten 4 bis 7

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Vernunft statt Polemik

Nutzt man eine der zahlreichen Suchmaschinen im Internet, erfährt man, dass der moderne, demokratisch legitimierte Staat im engeren Sinne definiert wird als „eine politische Einrichtung, die mit der Ausübung allgemein verbindlicher Steuerungs-, Regulierungs- und Koordinierungsfunktionen betraut ist und sich dabei demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bedient.“

Nach dieser Definition nimmt der Staat demnach eine zentrale Rolle im Zusammenleben der Menschen als „staatliche Gemeinschaft“ wahr.

Den gesetzlichen Rahmen dafür setzt die Politik, genauer gesagt die Volksvertreter, indem sie Gesetzestexte und Verordnungen erlassen.

Die Umsetzung dieser Regeln – auf der einen Seite die Freiheit, die der Staat dem Einzelnen gewährt; auf der anderen Seite die Verpflichtungen, die der Staat dem Einzelnen auferlegt – ist Sache des öffentlichen Dienstes. Den bei Staat und Gemeinden Beschäftigten kommt auf diese Weise eine überaus wichtige Aufgabe zu, hin zu einem geordneten Miteinander, ohne dass vielerorts Chaos und Willkür entstünden.

In Anbetracht dieser Tatsache ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich der öffentliche Dienst nur der allerbesten Mitarbeiter bedient. Dass die Anwärter zum Staatsdienst so manche Hürde überwinden müssen, ist demnach nicht als reine Schikane zu betrachten, sondern fußt vielmehr auf der Erkenntnis, dass, wer im Dienst der Allgemeinheit arbeiten möchte, auch über die dazu erforderlichen Fähigkeiten verfügen muss. Die Anforderungen sind alles andere als gering. Und das aus gutem Grund!

Dass gerade in einem kleinen Land wie Luxemburg der Arbeitgeber Staat aus einem viel geringeren Reservoir schöpfen muss, als das bei unseren Nachbarn der Fall ist, macht das Auswahlverfahren nicht unbedingt einfacher. Das Gegenteil tritt ein. Und deshalb wurde ja auch bereits im Jahre 2009, im Übrigen mit Zustimmung der CGFP, die Entscheidung getroffen, bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes für EU-Bürger zugänglich zu machen. Dieser damals in CSV-Regie gefasste Entschluss schloss hoheitsrechtliche Aufgaben ganz bewusst davon aus. Hier sollte, wie in anderen Ländern auch, nach wie vor der Nationalstaatlichkeit eine besondere Bedeutung zukommen.

Umsoweniger erstaunlicher war dann ja auch der jüngste Vorstoß gerade eines CSV-Abgeordneten, den Polizeidienst – ein Bereich der „puissance publique“ par excellence – weiträumig für Nicht-Luxemburger zu öffnen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass diese Haltung bei einem Gespräch mit der CGFP wieder relativiert und eine weitere Öffnung nur als allerletzte Möglichkeit, nachdem alle anderen Pisten ausgeschöpft sind, ins Auge gefasst wurde.

Wenn nun auch der Generaldirektor der Rettungskräfte, wie unlängst geschehen, jungen EU-Bürgern den Zugang zum CGDIS uneingeschränkt ermöglichen will, als weiterer „Integrationsfaktor“, wie es hieß, drängen sich eine Reihe Fragen auf: Sind diese Berufe nicht mehr attraktiv genug für junge Luxemburger? Und wenn ja, wie kann man dann gegensteuern? Dies hat nicht im Geringsten etwas mit Fremdenfeindlichkeit zu tun – Luxemburg liefert unzählige Beispiele im Sinne eines gesunden Miteinanders –, sondern lediglich mit der Frage, ob dieser Staat noch die Fähigkeit besitzt, hoheitsrechtliche Aufgaben ohne äußeres Zutun zu bewältigen. Die CGFP tritt nicht erst jetzt dafür ein, zunächst einmal alle anderen Möglichkeiten, insbesondere auch mit Blick auf die steigenden Jugendarbeitslosenzahlen, genau zu prüfen. Und wenn all diese Bemühungen scheitern sollten, fordert die CGFP, als alleinige national repräsentative Berufsorganisation für den öffentlichen Dienst, in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden – sachlich, in aller Ruhe, mit kühlem Kopf, nicht aber hastig, am Rande einer Parlamentsdebatte.

Der öffentliche Dienst steht aber noch vor einer anderen Herausforderung, und zwar der bevorstehenden Digitalisierung bestimmter Verwaltungsbereiche. Klar, Entwicklungen wie digitaler Wandel und Künstliche Intelligenz werden auch vor dem öffentlichen Dienst nicht Halt machen. Und das ist gut so. Nur geht es auch hier darum, die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes und insbesondere seine sozialen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern nicht zu vergessen. Bei allem technologischen Fortschritt muss der Mensch weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Ganz in diesem Sinne wirft der Philosoph, Publizist und Autor Richard David Precht in seiner jüngsten Veröffentlichung „Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens“ die Frage auf, welche Grenzen wir ziehen müssten, damit unsere Zukunft tatsächlich human wird. Und Precht ganz treffend: „Künstliche Intelligenz hat zwar einiges mit Intelligenz zu tun – aber kaum etwas mit Verstand und nicht entfernt mit Vernunft!“

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär

Neues Layout für die „fonction publique“

Wir haben für Sie aufgeräumt!

Die jüngste Print-Ausgabe der „fonction publique“ unterscheidet sich ein wenig von ihren Vorgängern. Das neue Layout macht die Zeitung übersichtlicher und somit lesbarer. Die optische Neugestaltung bricht jedoch nicht mit der langjährigen Tradition dieser Zeitung: Eine seriöse Berichterstattung bleibt gewährleistet.

Liebe Leserinnen, liebe Leser:

Unser Leben verändert sich kontinuierlich. Die Auswirkungen dieses Wandels auf unsere Lebens- und Arbeitsweise sind beträchtlich. Besonders rasant ist die Entwicklung in der Medien- und Kommunikationsbranche: Mit dem Smartphone haben wir Zugriff auf Nachrichten, die uns nahezu in Echtzeit aus jedem Winkel des Erdballs erreichen.

Auch Zeitungen müssen sich diesen Veränderungen beugen. Für uns war dies jedoch ein zusätzlicher Ansporn, die „fonction publique“ noch interessanter und attraktiver zu gestalten. Dabei ist es uns stets ein wichtiges Anliegen, auf die Bedürfnisse unserer Leser einzugehen. Das Ergebnis ist eine modernere Zeitung, die den heutigen Lesegewohnheiten Rechnung trägt.

Im Oktober 1969 rief der damalige CGFP-Generalsekretär Joseph Daleiden die hauseigene Zeitung der CGFP ins Leben. Mit der jüngsten Ausgabe wird ein neues Kapitel in der mehr als 50-jährigen Geschichte der „fonction publique“ eingeläutet. Das neue Layout, das Sie nun zum ersten Mal in Ihren Händen halten, ist luftiger, klarer, aufgeräumter, flexibler. Für die Leser wird somit die Orientierung einfacher und intuitiver. Die Anpassungen garantieren ein Plus an Lesefreude. Zugleich kommen auch die publizistischen Ansprüche der CGFP optisch besser zum Tragen.

Zahlreiche Neuerungen

Wie bereits in der Vergangenheit wurde auch bei dieser Neugestaltung viel Wert darauf gelegt, sich nicht von kurzlebigen Modeerscheinungen und Trends blenden zu lassen. Nein, die neue

Aufmachung ist kein „Facelifting“ oder der zweifelhafte Versuch, durch Scheineffekte eine Verjüngungskur zu bewirken. Die Zeitung wird in ihrem neuen Gewand ihren Prinzipien treu bleiben: Auch in Zukunft will die „fp“ eine breite Palette an Themen, fundierte Analysen, Kommentare und Standpunkte bieten.

Die Oktober-Ausgabe beinhaltet viele Neuerungen. Großzügig gestaltete Seiten sorgen für eine bessere Optik. Die etwas überholte Helvetica-Neue wird durch die geläufigere Myriad-Pro-Schrift ersetzt. Letztere wird die Identität dieser Zeitung entscheidend prägen.

Keine Verringerung des redaktionellen Inhalts

Eine weitere Neuerung besteht darin, dass die Überschriften nicht mehr wie bislang mittig, sondern linksbündig ausgerichtet sind. Der traditionelle Schriftzug auf der Titelseite – das Aushängeschild jeder Zeitung – bleibt hingegen unverändert. Neu ist jedoch, dass der Schriftzug jetzt in blauer Farbe gedruckt wird. An dem bewährten handlichen Format halten wir weiterhin fest.

Die gesamte Umgestaltung, die also mehr Platz für die visuelle Darstellung schafft, zielt keineswegs darauf ab, die Menge des redaktionellen Inhalts zu reduzieren. Ganz im Gegenteil: Die „fp“ ist auch in den kommenden Jahren darauf bedacht, der Garant für eine faktenorientierte und zuverlässige Berichterstattung über Themen zu bleiben, die vorwiegend den öffentlichen Dienst betreffen.

Der „Relaunch“ soll auch neue, jüngere Leser dazu animieren, die breit gefächerte Themenwelt dieser Zeitung zu entdecken. Die Print-Ausgaben von „fonction publique“ und dem „compact“-Magazine verstehen sich als Ergänzung zu den digitalen Informationskanälen der CGFP. Selbstverständlich sind die Print-Ausgaben dieser beiden Veröffentlichungen jederzeit auf unserer Homepage www.cgfp.lu abrufbar.

Jetzt sind Sie dran – Entdecken Sie in Ruhe Ihre Zeitung. Wir hoffen, dass Ihnen die moderne Aufmachung und die nutzerfreundliche Neugestaltung Freude bereiten und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Max Lemmer,
fp-Chefredakteur

Interview mit CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger

Rückblick auf vier bewegende Jahre

Im Dezember wird der CGFP-Nationalvorstand über die künftige Zusammensetzung des CGFP-Exekutivbüros entscheiden. Im Interview mit „fonction publique“ blicken CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger auf vier ereignisreiche Jahre zurück. Infolge von drei großen Protestkundgebungen setzte die CGFP langjährige Kernforderungen durch. Zwei Ereignisse stechen zudem besonders hervor: Im vergangenen März verbuchte die CGFP erneut einen Erdrutschsieg bei den Sozialwahlen und 2017 feierte der Dachverband der öffentlich Bediensteten sein 50-jähriges Bestehen. Die kommenden Wochen will die CGFP-Exekutive dazu nutzen, um weitere wichtige Dossiers in Angriff zu nehmen.

fonction publique (fp): Vor rund vier Jahren wurde das heutige CGFP-Exekutivbüro vom Nationalvorstand gewählt und damit beauftragt, die Geschicke der CGFP zu leiten. Wie fällt Ihre Bilanz aus?

Romain Wolff (RW): Persönlich ziehe ich im Großen und Ganzen ein durchweg positives Fazit. Nicht alles, was wir uns bei Amtsantritt vorgenommen hatten, konnte tatsächlich verwirklicht werden. Auch das gehört zum Leben eines Gewerkschafters. In weiten Teilen haben wir jedoch unsere gesteckten Ziele erreicht. Insbesondere in den beiden ersten Jahren dieser Amtszeit hat die CGFP Großartiges geleistet. Dazu gehörten unter anderem die Abschaffung der 80/80/90-Regelung sowie die Einführung der lang ersehnten Zeitsparkonten. Außerdem haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass verschiedene Laufbahnen beim Staat neubewertet wurden.

Steve Heiliger (SH): Die insgesamt positive Bilanz der vergangenen vier Jahre beruht unter anderem auch auf der Unterstützung der CGFP-Mitgliedsorganisationen, die der Exekutive jedes Mal, wenn es nötig war, tatkräftig zur Seite standen. Gerade diese Zusammengehörigkeit ist die Stärke des Dachverbands aller öffentlich Bediensteten. In sämtlichen Bereichen des Staatsdienstes kann die CGFP auf Menschen mit wertvollen Kompetenzen zurückgreifen. Der Vollständigkeit halber muss ich einräumen, dass, wie in anderen Bereichen auch, ebenfalls die Gewerkschaftsarbeit und der damit einhergehende Handlungsspielraum während des Lockdown eingeschränkt werden mussten.

fp: Was hat Ihnen, rückblickend auf die letzten vier Jahre, am meisten Genugtuung bereitet?

RW: Insbesondere die Abschaffung der 80/80/90-Regelung erfreut mich sehr.

2015 musste ich hautnah miterleben, wie diese höchst umstrittene Maßnahme zu Lasten der künftigen Generationen eingeführt wurde. Bei diesem Gedanken dreht sich mir heute noch der Magen um: Den Berufseinsteigern in den ersten beiden Jahren nur 80 % der Entlohnung und im dritten Jahr 90 % zu gewähren, war eine haarsträubende Ungerechtigkeit. Man muss das Ganze jedoch in den damaligen Kontext setzen.

SH: Die damalige Regierung wollte zu dem Zeitpunkt zahlreiche Verschlechterungen auf Kosten der Staatsbediensteten durchsetzen. Die CGFP konnte ein Großteil davon erfolgreich abwenden. Für die 80/80/90-Regelung traf dies leider nicht zu. Die CGFP war damals darum bemüht, den sozialen Frieden in Luxemburg zu wahren. Um Schlimmeres zu vermeiden, blieb ihr nichts anderes übrig, als sich widerwillig auf die 80/80/90-Regelung einzulassen. Was dann aber nicht heißt, dass das ad infinitum so bleiben muss.

RW: Umso mehr freuen wir uns heute, dass diese unsinnige 80/80/90-Regelung dank des pausenlosen Einsatzes der CGFP aus der Welt geschafft wurde. Die Beseitigung dieser Regelung hat gezeigt, wie solidarisch die Menschen im öffentlichen Dienst sind. Statt auf eine Punktwerthöhung zu beharren, gaben die Staatsbediensteten im Interesse der kommenden Generationen grünes Licht für ein Solidaritätsabkommen. Das Ultimatum zur Abschaffung der 80/80/90-Regelung, das die CGFP 2018 unmittelbar vor den Parlamentswahlen der vorigen Regierung gestellt hatte, war äußerst gewagt.

SH: Zur Erinnerung: Am Anfang waren die politischen Reaktionen recht spärlich. Lediglich die KPL und déi Lénk schlossen sich der CGFP-Forderung bedenkenlos an.

RW: Erst nach langem Hin und Her erklärte sich Premierminister Xavier Bettel dialogbereit. Im Anschluss daran folgten weitere Gespräche mit dem damaligen Beamtenminister Dan Kersch. Schließlich einigten wir uns auf ein Abkommen, das meines Erachtens nach völlig überraschend für die Öffentlichkeit kam.

SH: Seit 2016 konnte die CGFP zahlreiche Erfolge verbuchen, die jedem staatlichen Mitarbeiter zugutekamen (Punktwerthöhung, Anhebung der Essenszulage usw.). Uns stellt es jedoch mindestens genauso zufrieden, wenn wir einem einzelnen CGFP-Mitglied oder einem Fachverband in einer ganz bestimmten Situation Hilfe leisten können. Eine Vielzahl dieser Fälle beziehen sich auf Verwaltungen, die sich bewusst über alle gesetzlichen oder statutarischen Bestimmungen hinwegsetzen.

Rückblickend auf die letzten vier Jahre erfreue ich mich insbesondere über die Abschaffung der unsinnigen 80/80/90-Regelung

Romain WOLFF

fp: Die alle fünf Jahre stattfindenden Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst sind aus CGFP-Sicht der wichtigste Termin. Mit 21 von 22 möglichen Sitzen wurde die CGFP im vergangenen März erneut als unangefochtene Nummer eins bestätigt. Welche Faktoren haben zu diesem Erdrutschsieg beigetragen?

RW: Die jüngsten Sozialwahlen wurden auf dem vorläufigen Höhepunkt

der Corona-Krise – mitten im Lockdown – unter außergewöhnlichen Umständen durchgeführt. Damals haderten wir mit uns, ob es angebracht sei, weiterhin am Datum dieser Wahlen festzuhalten. Die endgültige Entscheidung fiel im zuständigen Ministerium. Im Nachhinein bin ich der Ansicht, dass dieser Entschluss richtig war. Wahlen lassen sich nicht bedenkenlos verschieben. Hätten wir gewartet, bis die totale Normalität wieder einkehrt, wäre die vorige Berufskammer des öffentlichen Dienstes vermutlich noch jahrelang im Amt geblieben.

SH: Als das Beamtenministerium beschlossen hatte, die Wahlen durchzuführen, wurde die CGFP ihrer Rolle gerecht. Die im Vorfeld sorgfältig geplante aufwendige Wahlkampagne wurde konsequent umgesetzt. Als die Wahlergebnisse am vergangenen 17. April veröffentlicht wurden, stellte sich heraus, dass die Vorgehensweise der CGFP richtig war. Trotz der schwierigen Umstände war die Wahlbeteiligung relativ hoch. Der Wählerwille war unmissverständlich: Die Menschen im öffentlichen Dienst haben zum Ausdruck gebracht, dass sie gerade in schwierigen Zeiten viel Wert auf eine starke Vertretung in der Berufskammer legen. Eine gewerkschaftliche Zersplitterung ist in niemandes Interesse.

RW: Wir sollen nicht überheblich werden und behaupten, die CGFP hätte alle verfügbaren Sitze gewinnen können. Das klare Ergebnis ist allerdings eine Bestätigung dafür, dass in den letzten vier Jahren vieles richtig gemacht wurde.

SH: ... und mit diesem Kräfteverhältnis kann die CGFP auch auf politischer Ebene nach wie vor nicht ignoriert werden. Dieser Tatsache sollten sich ALLE Politiker bewusst sein.

fp: Innerhalb von vier Jahren hat die CGFP zu drei groß angelegten Protestkundgebungen aufgerufen. Rund 1.000 Staatsbedienstete demonstrierten im Juni 2016 gegen den schleichenden Sozialabbau im öffentlichen Dienst. Beim Protestmeeting im November 2017 traten rund 750 Menschen für eine sichere Zukunft im Staatsdienst ein. Nur ein Jahr später folgte die Kundgebung vor dem BCEE-Hauptsitz, bei der die Nicht-Umsetzung der Dienstrechtsreform von 2015 an den Pranger gestellt wurde. Ist die CGFP eine streitsüchtige Gewerkschaft?

SH: Die CGFP genießt den Ruf, dass sie an erster Stelle die Gespräche am Verhandlungstisch führt. Stellt sich jedoch ab einem gewissen Moment heraus, dass es kein Weiterkommen gibt, bleibt ihr nichts anderes übrig, als auf ein anderes Instrument zurückzugreifen. Die festgefahrene Situation kann in einen Konflikt enden. Eine weitere Option sind Kundgebungen: Sie verleihen den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck. Nehmen wir die Protestkundgebung von November 2017 als Beispiel. Abge-



Das 2016 teilerneuerte CGFP-Exekutivbüro gilt als ein perfekt harmonisierendes Führungsteam, bei dem die Aufgaben klar verteilt sind: Vizepräsident Gilbert Goergen, Generalsekretär Steve Heiliger, Erster Vizepräsident Claude Heiser, Nationalpräsident Romain Wolff und Finanzverwalter Patrick Remakel (v.l.n.r.).



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger bilden seit Jahren ein gut eingespieltes Duo.

sehen von einem Punkt (Anmerkung der Redaktion: Gemeint ist die Abschaffung des Bewertungssystems) wurden in der Folge alle anderen CGFP-Forderungen ausnahmslos erfüllt.

RW: Persönlich halte ich rein gar nichts von Protestkundgebungen! Ginge es nach mir, würde ich am liebsten darauf verzichten. Falls die CGFP jedoch keine andere Wahl hat, schreckt sie nicht vor Großdemonstrationen zurück. Insbesondere die Protestkundgebung im Juni 2016 war ein Riesenerfolg. Die CGFP ist nicht dafür bekannt, sofort ihrem Ärger auf der Straße Luft zu machen. Provoziert man uns jedoch lange genug, setzen wir uns mit allen verfügbaren gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr. Die jüngsten Erfolge der CGFP haben gezeigt, dass Kundgebungen durchaus eine Wirkung haben. Wir hoffen jedoch, künftig nicht mehr zu häufig davon Gebrauch machen zu müssen.

fp: Die Abschaffung der 80/80/90-Regelung war das Kernelement des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016. Des Weiteren hat die CGFP damals durchgesetzt, dass die Regierung mit den CGFP-Fachverbänden über deren sektorielle Anliegen verhandelt. Was ist der Stand dieser Gespräche, die zum Jahresende abgeschlossen sein sollen?

SH: In dem besagten Zusatzpapier ging die Rede von Verhandlungen „mit offenem Ausgang“. Nach Ansicht der CGFP und deren 60 Fachverbände bedeutet dies jedoch keineswegs, dass die Regierung überhaupt nicht – oder nur sehr bedingt – die sektoriellen Anliegen berücksichtigen kann.

fp: Wie wird sich die CGFP verhalten, falls die Regierung diesbezüglich nicht einlenkt?

SH: Die CGFP und deren Mitgliedsorganisationen lassen sich nicht mit Krümeln abspesen, sondern wir erwarten konkrete Ergebnisse. Jede andere Auslegung des besagten Abkommens entspricht nicht dem Geist der damaligen Verhandlungen. Sollte sich die Regierung in diesem Punkt mit uns anlegen, wäre das bedauerlich. Bereits bei der letzten

CGFP-Vorstandskonferenz im Dezember 2019 hatte ich darauf hingewiesen, dass niemand ein Interesse daran haben kann, bis zum Jahresende mit Dutzenden von Schlichtungsprozeduren konfrontiert zu werden. Doch die Zeit drängt, denn einige der möglichen Schlichtungsprozeduren haben bereits begonnen.

fp: Als Marc Hansen das Zepher im Beamtenministerium übernahm, stellte die CGFP klar, dass sie nicht auf Konfrontation, sondern auf Sozialdialog setzen würde, vorausgesetzt, die Regierung zeichne sich durch eine konsensorientierte Politik aus. Haben sie es mit einem dialogfreundigen Minister des öffentlichen Dienstes zu tun?

RW: Nach außen hin wird es oft so dargestellt, als ob der Sozialdialog hierzulande gut funktioniere. Ich bin mir da nicht sicher. Generell stellt sich zunächst die Frage, was genau unter dem Begriff „Dialog“ zu verstehen ist. Unserer Ansicht nach, darf sich nicht darauf beschränkt werden, die Sozialpartner lediglich über den Stand der Dinge zu informieren und dann die Reaktionen abzuwarten. Vielmehr müssen die Überlegungen und Forderungen der Gewerkschaften bei der Suche nach Lösungen im Vorfeld miteinfließen.

SH: Bleiben wir noch ein wenig bei den sektoriellen Verhandlungen, die die Regierung mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen geführt hat. Wenn die einzelnen Berufsverbände ihre Beschwerden lediglich vortragen dürfen, kann diese Vorgehensweise nicht annähernd mit einem gesunden Sozialdialog in Verbindung gebracht werden. Erst wenn ernsthafte Verhandlungen zu einem Konsens führen, kann von einem vernünftigen Sozialdialog die Rede sein. Generell erwarte ich mir, dass der Minister des öffentlichen Dienstes, unabhängig von seiner Person, auch der Minister für den öffentlichen Dienst ist. Folglich muss sich der zuständige Ressortminister auch innerhalb der Regierung für die Belange der staatlichen Mitarbeiter stark machen.

fp: Im Oktober 2018 sind die mit der CGFP ausgehandelten Zeitsparkonten in Kraft

Infolge der sektoriellen Verhandlungen haben einige Schlichtungsprozeduren bereits begonnen

Steve HEILIGER

getreten. Welche Schlüsse ziehen Sie nach zweijährigen Erfahrungswerten?

RW: Die Zeitsparkonten sind ein Meilenstein, ja es war sogar die Rede von einer Jahrhundertreform in der luxemburgischen Sozialgeschichte. Seit zwei Jahren dürfen die Staatsbediensteten Arbeitsstunden auf einem Konto ansammeln, die dann zum gegebenen Zeitpunkt in freie Tage umgewandelt werden. Die CGFP setzte ihr Grundprinzip „eng Stonn ass eng Stonn“ durch, das heißt, eine Arbeitsstunde, die heute angesammelt wird, entspricht zu einem späteren Zeitpunkt einer vollen Urlaubsstunde.

Bei den Beschäftigten gab es eine große Nachfrage für dieses innovative Modell. Kein Wunder auch, denn die „comptes épargne-temps“ (CET) ermöglichen es, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren.

SH: Dank der CGFP wurden die Zeitsparkonten zunächst im öffentlichen Dienst umgesetzt. Der Staatsdienst übernahm somit eine Vorreiterrolle. Inzwischen sind auch in der Privatwirtschaft tätige Arbeitnehmer in den Genuss dieser Maßnahme gekommen.

fp: Nach der Umsetzung der Zeitsparkonten waren jedoch vereinzelte Probleme aufgetreten. Konnte die Situation inzwischen bereinigt werden?

SH: Relativ schnell stellte sich heraus, dass die Arbeitszeitregelung, die im Zuge der Zeitsparkonten gesetzlich verankert wurde, in einigen Verwaltungen Schwierigkeiten bereitete. Deshalb musste nachgebessert werden. Der entsprechende Entwurf liegt nun vor. An der Ausarbeitung war auch eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe der CGFP beteiligt.

RW: Gerade für Bereiche, in denen es gilt, bestimmte Besonderheiten zu berücksichtigen, haben wir beschlossen, sektorielle Abkommen zu treffen. Damit die entsprechenden Übereinkünfte schnell zustande kommen und dementsprechend eingehalten werden, müssen nicht nur die betroffenen Verwaltungen und die öffentlichen Einrichtungen Verantwortung übernehmen. Auch die Politik muss ihren Sold erfüllen.

fp: Im Sommer 2017 konnte ein Sozialkonflikt bei der Flughafenverwaltung noch rechtzeitig abgewendet werden. Auf Druck der CGFP verzichtete die damalige Regierung darauf, verschiedene Kompetenzen der Administration de la navigation aérienne (ANA) in ein privatrechtliches Unternehmen auszulagern. Hat die Politik mittlerweile Lehren daraus gezogen oder stehen in anderen Bereichen des Staatsdienstes Teilprivatisierungen an?

RW: Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie systemrelevant ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ist. Inzwischen dürfte jeder erkannt haben, dass eine hemmungslose Privatisierungswelle in eine Sackgasse mündet.

SH: Aus interessierten Kreisen wird die Privatisierung immer als das „Nonplus-ultra“ dargestellt, ganz so, als ob es sich hier um ein Allheilmittel handelt. Schaut man ein wenig über den Tellerrand hinaus, merkt man sofort, dass genau das Gegenteil eingetreten ist. Die Krise hat dies noch einmal zusätzlich verdeutlicht: In zahlreichen Ländern wurden jahrelang überlebenswichtige Bereiche wie etwa Strom, Wasser, die Bahn oder der Gesundheits- und Pflegebereich

Fortsetzung siehe Seite 6



Im Beisein von Großherzog Henri sowie rund 300 geladenen Ehrengästen feierte die CGFP am 9. November 2017 anlässlich einer akademischen Sitzung im Cercle Cité ihr 50-jähriges Bestehen.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Rechnung der Corona-Folgen erst nach dem Superwahljahr 2023 erfolgen wird.

Romain WOLFF

Fortsetzung von Seite 5

privatisiert. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass diese Privatisierungsbemühungen fehlgeschlagen sind. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand: Die Unternehmen haben nach rein profitorientierten Kriterien gewirtschaftet. Die dringend benötigten Investitionen blieben hingegen völlig auf der Strecke.

RW: Man muss unterscheiden zwischen einem Unternehmen, das aus völlig legitimen Gründen Gewinne erzielen möchte, und dem öffentlichen Dienst, der ein Dienstleister im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist. Der öffentliche Sektor, der einem ganz anderen Zweck dient, arbeitet nicht nach rein profitorientierten Kriterien.

fp: 2020 ist geprägt vom Coronavirus. Wie hat sich die Krise auf die alltägliche Gewerkschaftsarbeit der CGFP ausgewirkt?

SH: Intern waren wir sehr gut aufgestellt. Die vielen Mitglieder, die sich auf dem vorläufigen Höhepunkt der sanitären Krise an die CGFP gerichtet haben, wurden nicht im Stich gelassen. Die zahlreichen Anfragen im Zusammenhang mit Corona-spezifischen Problemen wurden nahezu in Echtzeit aus der Entfernung behandelt. Obwohl ein Großteil dieser Corona bedingten Anfragen auch für uns Neuland war, hat die CGFP diese Herausforderung bravourös gemeistert.

RW: Leider wurden die Gewerkschaften zu Beginn der Pandemie nicht in die Krisenbewältigung einbezogen. Stattdessen griff die Regierung lieber auf externe stromlinienförmige Berater zurück, die oft keinen Bezug zur Realität vor Ort hatten. Offensichtlich bestand kein Interesse daran, sich mit den Vertretern der Beschäftigten an einen Tisch zu setzen. Die Sozialpartner wurden schlicht und ergreifend nicht um ihre Meinung gefragt. Der CGFP-Aufwand zur Wiederaufnahme des Dialogs war gewaltig. Nach zahlreichen Wortmeldungen erhöhte die CGFP

im Schulterschluss mit den beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften den Druck. Die Regierung sah schließlich ein, dass es vielleicht besser sei, die Arbeitnehmervertreter ernst zu nehmen.

fp: Dennoch stellt Sie der Ablauf der ersten Tripartite-Runde nicht ganz zufrieden....

RW: Bei dem ersten Dreiergespräch stand fast ausschließlich die Beschäftigung auf der Tagesordnung. Selbstverständlich handelt es sich dabei um ein sehr wichtiges Thema. Bei den künftigen Verhandlungsrunden müssen jedoch auch andere Punkte auf die Agenda rücken, wie zum Beispiel die Lage der Staatsfinanzen und die Sozialversicherung.

fp: Wie bewerten Sie insgesamt die Bemühungen der Regierung zur Krisenbewältigung?

RW: Das aggressive Coronavirus hat sowohl die Wirtschaft als auch das Privat- und Berufsleben jedes Einzelnen von heute auf morgen gehörig auf den Kopf gestellt. Die Regierung stand plötzlich vor nie da gewesenen Herausforderungen. Ich habe Verständnis dafür, dass es bei derartigen brutalen Veränderungen schwierig ist, auf Anhieb alles richtig zu machen. Allerdings hat die Regierung eine Reihe von inkohärenten Maßnahmen beschlossen, die bei den Bürgern teilweise für Verwirrung sorgen.

SH: Wenn sämtliche Corona-Regeln von der Bevölkerung befolgt werden sollen, müssen diese klar und verständlich sein, befreit von jeglichen Widersprüchen. Das war leider nicht immer der Fall. Einzelne Regierungsmitglieder haben im Nachhinein Einsicht gezeigt und Kurskorrekturen vorgenommen.

RW: Zu Beginn der Krise wollte die Regierung das Pandemie-Gesetz in einem Hauruck-Verfahren durchboxen. Die CGFP hatte sofort ihre Bedenken geäußert, da sie eine allzu große Beschränkung der Grund- und Gewerkschaftsrechte befürchtete. Mit Erfolg! Ein Großteil der CGFP-Bearbeitungen wurden berücksichtigt. Die ursprüngliche Fassung des Gesetzestextes wurde geändert und somit abgeschwächt.

SH: Zu unserem großen Ärgernis wurde die CGFP bei den ersten Lockerungsmaßnahmen in den staatlichen Verwaltungen außen vorgelassen. Dies hat die CGFP jedoch nicht daran gehindert, sich aus eigener Initiative mit diesem Thema zu befassen. Anschließend wurden der Regierung äußerst vernünftige Vorschläge unterbreitet. Auch wenn in der Folge davon eine Unterredung mit dem zuständigen Minister stattfand, würden wir uns noch immer über eine schriftliche ministerielle Stellungnahme zu den CGFP-Vorschlägen freuen.

fp: Inzwischen rückt zunehmend die Frage in den Vordergrund, wie die Folgen der Corona-Krise finanziert werden sollen. Wie schätzen Sie die Lage ein?

RW: Die Rechnung wird vermutlich gesalzen sein.

Nicht auszuschließen ist dabei, dass die Quittung erst nach dem Superwahljahr 2023 erfolgt. Wahrscheinlich wird das genaue Ausmaß des wirtschaftlichen Schadens frühestens im kommenden Jahr sichtbar sein. Ein mögliches Szenario wäre also, dass die Regierung bis zu den nächsten Parlamentswahlen zusätzliche Kredite aufnimmt und sich gleichzeitig bemüht, das Triple A-Rating nicht allzu sehr zu gefährden. Am Anfang der kommenden Legislaturperiode könnte dann die Gesamtrechnung fällig sein. Sollte bis dahin der wirtschaftliche Aufschwung wider Erwarten so stark sein wie in den Folgejahren der Finanzkrise von 2008, wären finanzielle Einschnitte unter Umständen gar nicht mehr nötig.

fp: Wie soll das Finanzloch – falls erforderlich – gestopft werden. Durch die Einführung neuer Steuern? Durch neue Kredite? Oder gibt es nach Einschätzung der CGFP noch eine dritte Variante?

RW: Eine erhöhte Steuerlast würde nicht dazu beitragen, die Konjunktur anzukurbeln. Bei der Aufnahme neuer Kredite sollte man auch in Zeiten negativer Zinsen nicht außer Acht lassen, dass die Kreditlaufzeit begrenzt ist. Irgendwann steht die Rückzahlung an.



SH: An dieser Stelle sei darauf hinweisen, dass aus der aktuellen Krise auch Gewinner hervorgehen. Dahingehend könnte eine Analyse gemacht werden, die darauf abzielt, angemessene Anpassungen vorzunehmen. Im Übrigen war die CGFP eine der ersten Organisationen – wenn nicht sogar die erste überhaupt –, die gerade zu Beginn der Pandemie die Krisenfinanzierung thematisierte. Sie brachte damals die Solidarität des gesamten öffentlichen Dienstes zum Ausdruck, selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass alle anderen Akteure ihre entsprechende Verantwortung auch übernehmen. An dieser Einstellung hat sich bis heute nichts geändert.

fp: Was bedeutet dies im Endeffekt?

SH: Die ausführliche Herangehensweise muss im Dialog geklärt werden. Lassen Sie mich jedoch etwas klarstellen: Es kann nicht angehen, dass eine Krisen- oder Solidaritätssteuer ausschließlich für natürliche Personen eingeführt wird.

RW: Seit jeher wird hierzulande die Arbeit wesentlich mehr besteuert als das Kapital. In dieser Hinsicht ist ein Umdenken absolut notwendig. Seit 2013 weist die CGFP unermüdlich auf die nahezu steuerfreien „Fonds d'investissement spécialisés“ hin. Diese sogenannten FIS, in denen gut informierte Anleger Hunderte von Milliarden Euro horten, werden lediglich mit einer „taxe d'abonnement“ von 0,01% besteuert. Bei den „Normalbürgern“ beträgt der Steuersatz hingegen bis zu 45,7%. Dieses Ungleichgewicht ist nicht mehr länger tragbar.

fp: Stellt Sie die angekündigte Reform der FIS zufrieden?

SH: Wieso sich nach all den Jahren erst jetzt etwas tut, ist schleierhaft, zumal Mehrheit und Opposition sich weitgehend einig waren. Die Reform ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es bleibt jedoch noch reichlich Spielraum

für Verbesserungen, zumal Einkünfte aus Immobilien bei Privatpersonen wesentlich höher besteuert werden.

fp: Bereits vor einigen Monaten hatte die CGFP gefordert, bei der Ausarbeitung der geplanten Steuerreform miteinbezogen zu werden. Hat sich in dieser Hinsicht etwas getan?

RW: Vor geraumer Zeit hatte Finanzminister Pierre Gramegna eine CGFP-Delegation zu einer Unterredung empfangen. Konkret eingebunden wurden wir noch nicht. Hinter den Kulissen scheinen unterdessen die Vorbereitungen auf Hochtouren zu laufen. Ich habe den Eindruck, dass uns die Steuerreform irgendwann wie aus heiterem Himmel vorgelegt wird. Eine vergleichbare Situation gab es bereits bei der vorigen Steuerreform. Damals wurden die Sozialpartner erst kurz bevor die Öffentlichkeit informiert wurde, über die Einzelheiten der Reform in Kenntnis gesetzt.

fp: Mit seinem Vorpreschen im Sommer hat der Vorsitzende der größten Oppositionspartei eine lebhafte Debatte über die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer in direkter Linie losgetreten. Welche Position nimmt die CGFP ein?

RW: Von einer Erbschaftssteuer in direkter Linie halte ich nichts. Wozu das Ganze? Ich sehe keinen Sinn darin.

SH: Ich teile diese Meinung. Die vorigen Generationen haben vieles geleistet, um sich eine bescheidene Existenz aufzubauen. Das Geld, mit dem die Anschaffungen finanziert wurden, ist schon einmal besteuert worden. Frankreich und Belgien zählen weltweit zu jenen Ländern, die über den höchsten Erbschaftssteuersatz verfügen. Dennoch machen die Einnahmen, die der Staat anhand dieser Steuer bekommt, nur einen sehr geringen Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes aus. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, stellt sich unweigerlich die Frage über den Nutzen dieser Debatte.

RW: Falls man diese Diskussion führen möchte, müssen auch andere Aspekte in die Debatte einfließen. Ausschließlich über die Vermögens- und Erbschaftssteuer reden zu wollen, ist zu kurzgegriffen und simpel.

fp: Demnächst werden die Gehälterverhandlungen für den öffentlichen Dienst beginnen. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise ist mit schwierigen Gesprächen zu rechnen. Hat die CGFP ihren Forderungskatalog bereits aufgestellt?

SH: Vor einem Jahr hat die CGFP wiederholt betont, dass kein Weg an einer Erhöhung des Punktwertes vorbeiführe. Die letzte moderate Anhebung wurde im Gehälterabkommen von 2016 ausgehandelt. Vor zwei Jahren hatte die CGFP beim Zusatzpapier zum Besoldungsabkommen von 2016 auf eine Anpassung des Punktwerts verzichtet. Sie zog es damals vor, den Schwerpunkt auf die Abschaffung der 80/80/90-Regelung zu legen. Seit vergangenem März sind wir infolge der Corona-Krise in einem völlig anderen Szenario, das niemand verschuldet hat. Die gleichen Forderungen zu stellen wie



noch vor der Pandemie, macht keinen Sinn.

fp: *Wie wird die CGFP konkret vorgehen?*

SH: In den bevorstehenden Verhandlungen wird die CGFP, wie bereits in der Vergangenheit, auch dieses Mal dem aktuellen Umfeld Rechnung tragen. Sie wird sich einsetzen, dass die Interessen der öffentlich Bediensteten mit denen des Landes auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Was wir in der jetzigen Lage nicht brauchen, ist eine Neid-Debatte. Wir durchleben gerade ungewisse Zeiten. Unabhängig vom Inhalt des Abkommens ist deshalb meines Erachtens nach, eine eher kurze Laufzeit erforderlich. Nach deren Ablauf muss die Situation in regelmäßigen Zeitabständen Neubewertet werden. All diese Überlegungen werden in den zuständigen CGFP-Gremien thematisiert.

fp: *Gibt es bei den Gehälterverhandlungen eine rote Linie für die CGFP?*

RW: Ja, absolut! Niemand darf Einbußen erfahren. Die CGFP pocht darauf, dass die jahrelang hart erkämpften sozialen Errungenschaften nicht infrage gestellt werden. Was dies anbelangt, sind wir kompromisslos.

fp: *Die einzige CGFP-Forderung, die im Zuge der Protestveranstaltung von November 2017 nicht erfüllt wurde, ist die Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems. Wie lange wird die CGFP noch zusehen?*

SH: Ein Bewertungssystem hat im Staatsdienst nichts verloren. Darüber herrscht ein breiter Konsens. Wie bereits vorher erwähnt, orientieren sich der öffentliche Dienst und die Privatwirtschaft nach völlig unterschiedlichen Kriterien. Erschwerend hinzu kommt, dass im Staatsdienst alles in allem mehr als 50.000 Bedienstete beschäftigt sind. Stellen Sie sich bildlich den enormen Aufwand vor, alle Mitarbeiter in regelmäßigen Abständen zu bewerten, nur um im Endeffekt vielleicht bei einer Handvoll Bediensteten gelegentliche Mängel festzustellen. Das lohnt sich wahrlich nicht!

RW: Sollten tatsächlich vermeintliche Schwächen bei vereinzelt Mitarbeitern auftreten, sind in erster Linie deren Vorgesetzte gefordert. Dafür benötigt man keinen schwerfälligen, unflexiblen und aufgeblähten Bewertungsmechanismus, der in absolut keinem Verhältnis zum Ergebnis steht.

SH: Und wenn wir schon über Ersparnisse reden, wäre gerade jetzt der geeignete Zeitpunkt, das Bewertungssystem integral abzuschaffen. Mit einem einzigen Federstrich könnte somit nicht nur jede Menge Aufwand und Ärger, sondern auch viel Geld gespart werden. Außerdem geht aus den regelmäßig durchgeführten Umfragen eindeutig hervor, dass eine überwältigende Mehrheit der Bürger höchst zufrieden mit den öffentlichen Dienstleistungen sind. Gerade in Krisenzeiten hat der Staatsdienst zum wiederholten Mal bewiesen, dass auf ihn Verlass ist. Dies reicht als Bewertung doch aus.

fp: *Wie lange wird die CGFP in dieser Angelegenheit also noch zusehen?*

SH: Gar nicht mehr!

fp: *Verschiedene Bereiche des öffentlichen Dienstes (zum Beispiel Polizei und Armee) tun sich schwer damit, neue Mitarbeiter mit dem erforderlichen Profil ausfindig zu machen. Im Parlament wurde neulich ein Gesetzesantrag eingereicht, der es in Zukunft Nicht-Luxemburgern ermöglichen soll, in den Polizeidienst einzutreten. Warum läuft die CGFP so sehr dagegen Sturm?*

RW: Die CGFP hat sich in dieser Kernfrage stets dialogbereit gezeigt. Als 2009 das Gesetz zur teilweisen Öffnung des Staatsdienstes für EU-Bürger verabschiedet wurde, hatte die CGFP im Vorfeld keinen Widerstand geleistet. Damals wurde sich darauf geeinigt, dass hoheitsrechtliche Aufgaben („puissance publique“) nur von Luxemburgern ausgeübt werden dürfen. Mehr als zehn Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Regelung ist in Luxemburg der Anteil von EU-Bürgern im öffentlichen Dienst deutlich höher als im Ausland. Menschen, die eine doppelte Staatsangehörigkeit haben, wird der Eintritt in den luxemburgischen Staatsdienst nicht mehr verwehrt.

SH: Nach Ansicht der CGFP ist eine Öffnung des Polizeidienstes – und anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes – für Nicht-Luxemburger nur dann eine Option, wenn zuvor alle anderen Alternativen sorgfältig geprüft wurden. Das ist derzeit nicht der Fall. Diese Meinung teilt im Übrigen auch jene Partei, die den oben erwähnten Gesetzesantrag eingereicht hat.

fp: *Welche Alternativen schweben Ihnen vor?*

SH: Ich denke da zum Beispiel an den Pool von Arbeitslosen, der wahrscheinlich bei anhaltender Krise in den kommenden Monaten weiter anwachsen wird. Warum sollte man sich nicht Gedanken darüber machen, wie man Menschen, die verzweifelt auf Jobsuche sind, umschulen kann.

Was wir in der jetzigen Lage nicht brauchen, ist eine Neid-Debatte

Steve HEILIGER

RW: Ein weiterer Ansatzpunkt könnte darin bestehen, die Attraktivität zahlreicher Berufsbilder zu steigern. Diese zwei Beispiele zeigen, dass es mit ein wenig gutem Willen und gesundem Menschenverstand eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Bekämpfung des chronischen Personalmangels in manchen Verwaltungen gibt.

fp: *Infolge der Corona-Krise wurde in zahlreichen Verwaltungen verstärkt von der Telearbeit Gebrauch gemacht. Die Regierung will auch nach der Krise das Homeoffice flächendeckend und dauerhaft beim Staat etablieren. Stößt dieses Vorhaben bei der CGFP auf Verständnis?*

RW: Interessanterweise wurde das Homeoffice nach dem Ausbruch der Pandemie auf einmal schlagartig in Bereichen umgesetzt, in denen das zuvor als unmöglich galt. Ich kann mir jedoch beim besten Willen nicht vorstellen, dass ausschließlich von zu Hause aus zu arbeiten, die ideale Lösung für die Zukunft wäre.

SH: Unserer Ansicht nach kommt es auf die Mischung an. Mittel- und langfristig gesehen tritt die CGFP für eine alternierende Telearbeit ein. Hierbei wird abwechselnd zu Hause und in der jeweiligen Verwaltung gearbeitet. Eine regelmäßige physische Anwesenheit am Arbeitsplatz ist nützlich. Nur so lässt sich vermeiden, dass die sozialen Kontakte vieler Arbeitnehmer abreißen. Bei allen Überlegungen zur Förderung des Homeoffice müssen wir sicherstellen, dass die Menschen nicht langsam, aber sicher vereinsamen.

RW: Das Homeoffice darf keineswegs dazu missbraucht werden, um die Be-



schäftigten pausenlos mit sinnlosen Kontrollen zu schikanieren, die nur Misstrauen und Frust schüren. Die Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, rund um die Uhr erreichbar sein zu müssen. Außerdem fällt es schwer, manche Sitzungen aus der Distanz abzuhalten, da der spontane Austausch doch sehr darunter leidet. Mit Meetings, die einzig und alleine auf dem Bildschirm stattfinden, kann ich mich jedenfalls nicht ganz anfreunden.

SH: Die CGFP legt viel Wert darauf, dass zwischen Telearbeit in Krisenzeiten und Homeoffice in Post-Corona-Zeiten unterschieden wird. Bei einer Pandemie gelten ganz andere Kriterien wie im Normalfall. Die öffentlich Bediensteten während der Pandemie schnell und flächendeckend von zu Hause aus arbeiten zu lassen, war eine richtige und nachvollziehbare Entscheidung. Auch damals ging es darum, die Ansteckungsgefahren so weit wie möglich einzuschränken. Die jetzige Situation darf jedoch kein Dauerzustand werden: In Zukunft muss die Heimarbeit nach geregelten Prinzipien ablaufen. Die CGFP verhandelt derzeit mit dem zuständigen Minister Marc Hansen über die künftigen Regelungen.

fp: *Was liegt Ihnen dabei ganz besonders am Herzen?*

RW: Mitten in der Krise wurde die großherzogliche Verordnung zur Telearbeit im öffentlichen Dienst aufgehoben. Ziel war es, die Umsetzung des Homeoffice zu beschleunigen. Die CGFP besteht darauf, dass die einstige Verordnung durch ein neues Reglement ersetzt wird, das den heutigen Gegebenheiten entspricht.

SH: Die CGFP ist nicht per se gegen Homeoffice. Wir fordern jedoch klare und einheitliche Regeln zum Schutz der Beschäftigten, die in den großen Linien für den gesamten öffentlichen Dienst gelten.

RW: Es kann nicht sein, dass die Regeln je nach Verwaltung sehr unterschiedlich sind. Die CGFP hat Verständnis dafür, dass die spezifischen Bedürfnisse einiger Verwaltungen berücksichtigt werden müssen. Der allgemeine Rahmen muss jedoch in einer großherzoglichen Verordnung festgelegt werden. Ergänzend möchte ich hinzufügen, dass niemand gezwungen werden darf, seine berufliche Tätigkeit im Homeoffice auszuüben, wohlwissend, dass dies in der Praxis längst nicht immer so gehandhabt wird.

fp: *In den letzten Jahren sah die CGFP absolut keinen Handlungsbedarf, die Pensionsanpassungen infrage zu stellen. Gilt das auch noch immer in Corona-Zeiten?*

RW: Ja! Die Pensionsanpassungen müssen beibehalten werden. Ruheständler haben ein Recht darauf, an der Lohnentwicklung

teilzunehmen. Deshalb muss das „Ajusement“ – auch in Krisenzeiten – beibehalten werden.

fp: *Nach den Sozialwahlen steht zum Jahresende noch ein weiterer bedeutender Termin auf der CGFP-Agenda: Im Dezember wird der Nationalvorstand über die künftige Zusammensetzung der CGFP-Exekutive für die kommenden vier Jahre entscheiden. Stehen Sie für eine weitere Amtszeit zur Verfügung?*

SH: Persönlich bin ich der Meinung, dass die CGFP-Exekutive eine recht gute Bilanz vorzeigen kann. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, möchten wir uns schon für weitere vier Jahre in den Dienst unserer Mitglieder zu stellen.

RW: Ob wir uns einer möglichen Wiederwahl stellen, hängt ja nicht einzig und alleine von uns ab. Die dafür zuständigen CGFP-Gremien reden auch ein Wort mit. Bis es so weit ist, liegen noch mehrere Wochen vor uns, in denen so manches auf uns zukommen wird. Wir wollen diese Zeit nutzen, um die Anliegen der CGFP weiter voranzutreiben.

fp: *Wenn Sie die vergangenen Jahre Revue passieren lassen, gibt es etwas, was Sie im Nachhinein vielleicht anders machen würden?*

RW: Ja.....den Menschen bei den Anliegen, die ihnen am Herzen liegen, noch mehr zuhören, als dies in den vergangenen Jahren schon der Fall war. Sich als Gewerkschafter in einem Elfenbeinturm zu verschanzen, wäre kein guter Plan.

SH: Dem kann ich nur zustimmen! Den Menschen noch mehr zuhören: Diese Einstellung erwarten wir im Übrigen auch von den politisch Verantwortlichen.

fp: *Vielen Dank für das Gespräch!*

Die Fragen stellte
Max Lemmer



A woman with long brown hair, wearing a blue and white striped shirt, is blowing a heart-shaped smoke ring from a small blue cigarette. The smoke ring is glowing with a bright blue light. The background is dark blue.

UN AMOUR DE DÉCLARATION FISCALE

LIFE

**Kid's PLAN, Life PLAN et Pension PLAN,
la gamme d'assurances vie fiscalement
déductibles.**

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

CGFP-Nationalvorstand

Eine Rentrée sociale mit reichlich viel Zündstoff

Hohe Patronatsvertreter auf Abwegen

Sowohl Premierminister Xavier Bettel als auch Finanzminister Pierre Gramegna haben neulich vor dem Parlament bekräftigt, trotz der aktuellen Krise die Investitionen auf einem hohen Niveau halten zu wollen. Anlässlich seiner Rentrée sociale am vergangenen 21. Oktober hat sich der CGFP-Nationalvorstand erfreut gezeigt, dass Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 gezogen wurden. Eine harte Sparpolitik hätte verheerende Folgen, so die klare Botschaft.

Die CGFP war nie eine Verfechterin eines aufgeblähten Staatsapparats. Um jedoch für die wachsenden Aufgaben bestens gerüstet zu sein, ist nichts gegen die personelle Aufstockung im öffentlichen Dienst einzuwenden. 2021 sollen zirka 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Der Nationalvorstand wirft in diesem Zusammenhang jedoch zwei berechnete Fragen auf: Können diese Stellen angesichts der zahlreichen Verpflichtungen, die die Regierung im Rahmen der sektoriellen Abkommen mit den CGFP-Fachverbänden eingegangen ist, überhaupt noch besetzt werden? Und wie viele Stellen aus der Vergangenheit stehen noch offen? Hier besteht Klärungsbedarf!

Spätestens seit dem Ausbruch der Pandemie wächst der Schuldenberg auf EU-Ebene. Aus Sicht der CGFP gilt es deshalb zu überprüfen, ob der EU-Stabilitätspakt einer Reform unterzogen werden muss. Damit die EU-Mitgliedsstaaten mehr finanziellen Spielraum erhalten, könnten z.B. nachhaltige öffentliche Investitionen künftig bei der Berechnung der Staatschuld ausgeklammert werden.

Eine getarnte Abgabe

Mit Bedauern stellt die CGFP fest, dass die angekündigte neue Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas nicht in das Gesamtkonzept einer weitreichenden Steuerreform eingebettet wurde. Nach Ansicht der CGFP handelt es sich lediglich um eine getarnte Abgabe, die insbesondere die Privathaushalte belastet, während Industriekonzerne finanziell weitgehend ungeschoren bleiben. Der CGFP liegt der Klimaschutz sehr am Herzen. Bei dieser Art der CO2-Steuer entsteht jedoch zunehmend der Eindruck, dass diese lediglich dazu dient, neue Geldquellen für die Staatskasse zu erfassen.



Ab dem 1. Januar kommenden Jahres werden pro Liter Treibstoff fünf Cent erhoben. Auf den ersten Blick mag dieser Betrag recht bescheiden sein. Für die beiden darauffolgenden Jahre steht jedoch bereits eine Erhöhung fest.

Mit der Reform der „Fonds d'investissement spécialisés“ (FIS) wird einer langjährigen CGFP-Forderung, die erstmals 2013 erhoben wurde, endlich Rechnung getragen. Ab 2021 sollen direkte und indirekte Einkünfte von Investitionen in diese FIS zu 20 % besteuert werden. Das ist weniger als die Hälfte des bei den Normalbürgern angewandten Steuersatzes. Deshalb darf die eingeleitete FIS-Reform nicht abgeschlossen sein. Weitere Schritte müssen folgen.

Die zum Jahreswechsel in Kraft tretende Abschaffung der „Stock options“ (Anmerk. d. Red.: Aktienbezugsrechte als Bestandteil der Mitarbeitervergütung) wird vom CGFP-Nationalvorstand ausdrücklich begrüßt. Auf Skepsis stößt hingegen der geplante Teilnahme-Bonus („prime participative“), der es einem Arbeitnehmer ermöglicht, am Gewinn seines Unternehmens beteiligt zu werden. Diese Prämie, die im Grunde genommen

gegen das Prinzip der Steuergleichheit („égalité devant l'impôt“) verstößt, bleibt zur Hälfte steuerfrei. Demnach bleiben Steuerschlupflöcher auch nach der Abschaffung der „Stock options“ möglich.

Keinen Gefallen findet die CGFP an der möglichen Einführung einer Erbschaftsteuer in direkter Linie. Zum einen ist das Erbe schon einmal besteuert worden. Zum anderen ist es schwierig, die Grenze festzulegen, ab wann der Freibetrag aufgehoben werden soll.

Verwaltungsübergreifende Regeln beim Homeoffice

In seiner jüngsten Sitzung hat sich der CGFP-Nationalvorstand mit dem Thema Homeoffice befasst. Die CGFP steht dieser neuen Arbeitsweise keineswegs feindlich gegenüber. Das Bestreben der Regierung, auch nach der Krisenüberwindung die Möglichkeit der Telearbeit verstärkt in Anspruch zu nehmen, setzt voraus, dass per Gesetz oder über eine großherzogliche Verordnung klare, verwaltungsübergreifende Regeln aufgestellt werden. Dabei dürfen jedoch die Besonderheiten einzelner Bereiche des öffentlichen Dienstes nicht zu kurz kommen.

Trotz der Anweisung der Regierung, in Corona-Zeiten verstärkt auf Telearbeit zu setzen, sind noch immer einzelne Verwaltungen nicht bereit, ihren Mitarbeitern dies zu ermöglichen. Falls sich diese Verwaltungen weiterhin weigern, umzudenken, ist die Regierung zum Handeln gefordert.

Erstaunt zeigt sich die CGFP, dass Staatsminister Xavier Bettel in seiner Rede zur Lage der Nation das Wohnungsbauproblem nur am Rande erwähnt hat. Die wenigen Maßnahmen, die diesbezüglich verkündet wurden, sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ein erbärmliches Niveau

Mit Blick auf die nächste Tripartite-Runde spricht sich der CGFP-Nationalvorstand dafür aus, neben der Beschäftigung auch andere Themen wie die Lage der öffentlichen Finanzen und die Sozialversicherung zu erörtern. Infolge der jüngsten Hetzkampagne hoher Patronatsvertreter sind diese Dreiergespräche bereits schwer belastet.

Die Handwerkerföderation hat neulich gefordert, dass Krankengeld, Elternurlaub, Freistellung sowie Urlaub aus familiären Gründen beim Staat künftig nur noch zu 80 % entschädigt werden sollten. Unabhängig von der generellen Zweifelhaftheit dieser politischen Sparmaßnahme, nutzt dieser Seitenhieb der Fédération des Artisans nachträglich niemandem etwas. Die jetzigen Forderungen tragen lediglich dazu bei, sozialen Neid zu schüren und somit Unruhe in der Bevölkerung zu stiften. Während einer monatelangen sanitären Krise finanzielle Einschnitte für erkrankte Arbeitnehmer durchsetzen zu wollen, ist an Unverfrorenheit kaum zu überbieten, ganz gleich ob beim Staatsdienst oder im Privatsektor.

Die einheimischen Handwerksbetriebe werden wohl oder übel hinterfragen müssen, wie sinnvoll es ist, wenn die Kaufkraft vieler ihrer Kunden in angespannten Zeiten gemindert wird. Als verantwortungsbewusster Sozialpartner weigert sich die CGFP, sich auf dieses erbärmliche Niveau herabzulassen und zückt die Rote Karte. Sie zieht es vor, in einem konstruktiven Geist bei den Tripartite-Gesprächen nach Lösungen zu suchen.

Max Lemmer

À la mémoire de Raymond Hencks

La nouvelle du décès inopiné de notre collègue et ami Raymond HENCKS a profondément touché le mouvement professionnel de la Fonction Publique et même au-delà le monde syndical en général. En effet, le mouvement syndical perd en lui un représentant hautement qualifié, qui s'était affirmé non seulement au Luxembourg mais aussi au niveau européen.

Raymond Hencks, dès son entrée au service de l'État, s'était engagé dans l'intérêt de ses collègues de travail, d'abord au sein de l'Administration des P&T et par la suite en acceptant le mandat de Secrétaire Général de l'Association Générale des Cadres AGC, laquelle le délégua au Comité Fédéral de la CGFP. Promu membre du Bureau Exécutif élargi de la Confédération, il prenait une part active à la lutte menée par celle-ci pour la défense des intérêts sociaux des agents publics en général, et notamment au cours

de la période conflictuelle avec l'État-patron de 1995 à 1998.

Son engagement de tous les instants, son dynamisme et son savoir-faire firent qu'il était élu de 1985 à 2010 à la Chambre des Fonctionnaires et Employés Publics, où il se distinguait par ses interventions et contributions pertinentes et judicieuses. Grâce à ses qualités administratives et gestionnaires, il était nommé Président de la Commission des Finances de ladite institution.

En l'an 2000, la CGFP fit appel à Raymond Hencks comme l'un de ses délégués au Conseil Économique et Social, une activité à la mesure de ses compétences, qui le porta par la suite à la présidence de cet aréopage, au niveau duquel il se faisait remarquer pendant une vingtaine d'années par un engagement et une disponibilité exemplaires qui lui valurent la reconnaissance générale.

Nommé en tant qu'un des représentants luxembourgeois au Comité Économique et Social de l'Union Européenne, Raymond Hencks y révéla ses qualités d'analyse et ses aptitudes rédactionnelles, reconnues et appréciées.

Organisateur-né, Raymond Hencks était l'initiateur et le promoteur du Syndicat des P&T en réussissant le regroupement de tous les agents de l'Entreprise au sein d'un mouvement unitaire, une opération qui trouva en 2002 son accomplissement avec le ralliement – au lendemain de la regrettable débâcle que l'on sait – du groupement des facteurs des P&T, finalement rentrés au bercail.

La CGFP et le mouvement syndical en général déplorent la disparition de Raymond Hencks la perte non seulement d'un des leurs, mais aussi d'un syndicaliste de la meilleure trempe, qui a bien mérité de la Fonction



Publique, à laquelle il fit honneur tout comme à son syndicat, la CGFP, et qui lui rend un hommage respectueux.

Honneur à sa mémoire!



lech ënnerstëtzen.
lech beroden.
lech orientéieren.
Fir lech e Mier
un Opportunitéiten
fir Äert Verméigen
ze bidden.

Eis Private Banking Experten begleeden
a beroden lech fir Ären Patrimoine ze erweideren
a fir déi nächst Generatiounen ze erhalen.

Gestion de fortune

Verméigensstrukturéierung an -Iwwerdroung

Finanzéierung an Versécherung

Méi Informatiounen op www.bil.com/private-banking



PRIVATE
BANKING



Gemeinsame Konferenz von Chfep und CSL im Beisein von EU-Kommissar Nicolas Schmit

Der ökologische und digitale Wandel braucht eine soziale Dimension

Am 9. Oktober 2020 organisierte die Berufskammer aller öffentlich Bediensteten in Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer eine gemeinsame Konferenz zu aktuellen europapolitischen Themen. Anlässlich dieses Treffens stellte Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, das Sozialprogramm der Europäischen Kommission vor.

Der Gastredner unterstrich, wie wichtig es sei, Europa grüner zu gestalten und sich den Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen. Diese Veränderungen müssten jedoch von einer Sozialpolitik begleitet werden, die Bürger und Arbeitnehmer schütze. Den Sozialpartnern komme dabei eine bedeutende Rolle zu. Bei der fortschreitenden Digitalisierung

dürfe der Faktor Mensch nicht zu kurz kommen, unterstrich Nicolas Schmit. 40 % der Arbeitnehmer würden derzeit über ungenügend digitale Kompetenzen verfügen.

Die Beschäftigungsperspektiven bezeichnete Schmit als besorgniserregend. Junge Menschen seien die ersten Leidtragenden dieser Krise. Um ein Zeichen gegen die explosionsartige Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit zu setzen, würden in einer ersten Phase mindestens 22 Milliarden € investiert. „Wir müssen vermeiden, dass eine verlorene Generation heranwächst“, so Schmit. Im Anschluss fand ein reger Austausch statt, bei dem sich alle Anwesenden einbringen konnten.

Romain Wolff, Präsident der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“

(Chfep), lobte die von der EU-Kommission ergriffene Initiative, im Frühling 2021 einen Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte vorzulegen. Innerhalb des EU-Binnenmarktes dürfe keine Wettbewerbsverzerrung entstehen. Außerdem müsse verhindert werden, dass die vier Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit sowie freier Kapital- und Zahlungsverkehr) zu Sozialdumping missbraucht würden. Es sei dringend erforderlich, in Europa Löhne sicherzustellen, die jedem Arbeitnehmer ein dezentales Leben ermöglichen. Der Vorstoß der EU-Kommission, einen verbindlichen Rahmen für Mindestlöhne in der EU zu schaffen, verdiene deshalb volle Unterstützung.

Zugleich ging Romain Wolff auf die Gefahren des Homeoffice ein. Außerhalb der vereinbarten Arbeitszeiten müsse den Beschäftigten ein Recht auf Abschalten gewährt bleiben. Dem EU-Parlament sei es hoch anzurechnen, dass es die Brüsseler Exekutive dazu aufgefordert habe, eine entsprechende Richtlinie vorzulegen. Eine allgemeine Einführung der Telearbeit könne dazu führen, dass viele Unternehmen ihre Tätigkeiten in Billiglohnländer auslagern. Zudem müsse auch eine Lösung für die vielfältigen Probleme in Steuerfragen gefunden werden, die aus Sicht der vielen Grenzgänger bestünden.

Die EU-Kommission für alles, was schief laufe, verantwortlich zu machen, sei mit Sicherheit der falsche Ansatzpunkt. Die aufwendigen Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der aktuellen Krise dürften jedoch nicht zur Folge haben, dass erfolgreiche EU-Programme wie Erasmus+ gekappt würden, warnte der Chfep-Präsident.

Zum Schluss seiner Ausführung wies Romain Wolff darauf hin, dass die Menschen insbesondere in Krisenzeiten auf hochwertige öffentliche Dienstleistungen angewiesen seien. Ein gut funktionierender Staat müsse personalmäßig so aufgestellt werden, dass die öffentliche Hand ihre Aufgaben im Interesse aller Bürger weiterhin wahrnehmen könne.

Erbost zeigte sich Romain Wolff über die jüngste Behauptung eines ehemaligen Finanzministers. Der besagte Politiker war zum Schluss gelangt, dass Luxemburg über „ein extrem sozial gerechtes Steuersystem“ verfüge. „Wer sich zu einer derartigen Aussage hinreißen lässt, befindet sich auf dem Holzweg“, ärgerte sich Wolff.

ml

LOSCHT DECH ANZESETZEN?

D'ARMÉE,
ENG ERAUSFORDERUNG
FIR DECH.

Mir stellen an:

- Offizier (A1)

- Ennereffizier (C1)

- Ennereffizier an der Militärmusek (C1)

- Kapereel (C2)

- Fräiwëlleg Zaldoten

- Zivil Personal (All Karriären)

8002 48 88

www.armee.lu

Informationsbüro

15, bd. Royal • L - 2449 Luxembourg

LËTZEBUERGER ARMÉE



D'une pierre deux coups : effacer la dette en sauvant le climat

Quand les économistes pensent enfin hors du cadre

Pour faire face à la crise du coronavirus qui a paralysé le pays depuis mars 2020, le gouvernement luxembourgeois a dû recourir massivement à la dette publique avec un premier emprunt de 2,5 milliards d'euros, puis un second à très court terme de 350 millions d'euros.

Grâce à une notation avantageuse (AAA) auprès des agences qui évaluent les risques de chaque pays et déterminent ainsi leur capacité à rembourser leurs dettes, le Luxembourg a pu bénéficier de taux négatifs. En clair, les investisseurs préfèrent payer des intérêts à l'État pour lui prêter de l'argent plutôt que prêter à des acteurs économiques qui pourraient avoir des difficultés à les rembourser. Les sommes colossales ainsi empruntées vont donc rapporter des intérêts à l'État. Néanmoins, le principal de la dette (c'est-à-dire l'argent emprunté) va devoir in fine être remboursé, mais comment ? Par qui ? Sous quels délais ? À quel prix ?

Durant le confinement, des chercheurs, des économistes, des personnalités politiques ont mis leur temps à profit pour lever la tête du guidon et penser autrement, hors du cadre. Nombre d'entre eux en sont venus à se demander : « et si cette crise n'était pas un simple dérèglement d'un système en temps normal durable mais le terme d'un système fondamentalement vicieux qu'il nous appartient de réinventer ? ».

Création monétaire – comment ça marche ?

Pour bien comprendre ce qu'est la dette publique au nom de laquelle les

contribuables ne cessent d'être mis, précisément, à contribution, il faut savoir qu'auparavant, les États finançaient leurs investissements en faisant « marcher la planche à billets », non pas littéralement en fabriquant des billets mais en empruntant auprès de leurs banques centrales. Les banques centrales créaient donc l'argent à partir de rien (« ex nihilo ») pour le prêter à l'État qui l'injectait ensuite dans l'économie grâce à ses investissements publics.

Toutefois, selon la « théorie quantitative de la monnaie », le fait d'augmenter la quantité d'argent en circulation générerait mécaniquement de l'inflation, c'est-à-dire la hausse des prix. En s'appuyant sur cette théorie, certains économistes issus du secteur financier assuraient alors que les gouvernements risquaient de ne pas être raisonnables et de trop recourir à l'emprunt auprès de leurs banques centrales au risque de faire exploser l'inflation.

À partir des années 70, ils sont progressivement parvenus à persuader les gouvernements de s'interdire eux-mêmes de se financer directement auprès de leurs banques centrales en s'obligeant à emprunter auprès du secteur bancaire. À compter de 1992, le Traité de Maastricht¹ a fini par imposer ce principe à tous les États membres de l'Union européenne qui, tout comme les entreprises et les particuliers, financent désormais leurs dépenses en empruntant auprès des établissements bancaires à des taux d'intérêts qui dépendent de la confiance que leur accordent les banques.

Tout comme les banques accordent de meilleurs taux aux plus riches car ils sont confiants que ceux-ci les rembourseront, elles accordent de meilleurs taux aux pays dont les finances sont plus solides et font payer plus cher aux pays qui présentent plus de risques.

Si en théorie, les banques centrales conservent le pouvoir de réguler la création monétaire, en pratique, ce sont donc les banques commerciales qui créent la monnaie à chaque fois qu'elles prêtent des sommes qu'en définitive, elles ne possèdent pas. Lorsqu'elles accordent un prêt, elles créent les montants prêtés par un simple jeu d'écritures comptables en inscrivant dans leur bilan : au passif, le prêt versé sur le compte du client et à l'actif, la créance détenue sur le client. À chaque remboursement, la monnaie ainsi créée est détruite.

Évolution de la dette luxembourgeoise

L'analyse de l'évolution de la dette de l'État luxembourgeois montre clairement l'explosion de la dette due à la crise financière de 2008 suite, essentiellement, à la souscription par l'État d'un emprunt de 2,5 milliards d'euros pour sauver les banques Fortis et Dexia. La dette publique du gouvernement central est alors passée de 532 millions d'euros en 2007 à 3,2 milliards en 2008 pour atteindre 10,6 milliards fin 2019.

Suite aux nouveaux emprunts contractés cette année pour faire face à la crise du coronavirus, elle pourrait atteindre 17 milliards d'euros, soit 28,7 % du PIB en 2020 et monter à 29,6 % en 2021,

voire dépasser les 30 % d'endettement d'après le Conseil national des finances publiques (CNFP).

Charge de la dette

Néanmoins, le principal de la dette (c'est-à-dire les sommes empruntées) ne suffit pas à expliquer le niveau d'endettement actuel de l'État. Si l'État avait emprunté à taux zéro auprès de la Banque centrale du Luxembourg (BCL), il n'aurait remboursé que le principal mais comme cela lui est interdit, il a été obligé d'emprunter aux banques privées et de leur payer des intérêts.

Entre 2008 et 2019, la dette a donc déjà coûté 2,255 milliards d'euros² d'intérêts à l'État et donc au contribuable qui a dû subir les restrictions budgétaires imposées par le « Zukunftspak » pour la financer.

Même si les dépenses du Luxembourg liées au financement de la dette publique restent parmi les plus basses de l'Union européenne avec une charge d'intérêts s'élevant à 0,34 % du PIB en 2018³, contre 1,86 % du PIB pour la moyenne des pays européens, la population n'acceptera plus de se serrer la ceinture pour éponger l'endettement supplémentaire dû à la crise du coronavirus alors que le secteur financier n'a jamais remboursé son sauvetage en 2008 et a continué à prospérer en 2020 tandis que l'économie réelle s'effondrait.

Pacte de stabilité et croissance – le cercle vicieux

En plus de la question de l'endettement public auprès des banques commerciales, le Pacte de stabilité et de crois-



Source : Trésorerie de l'État, Grand-Duché du Luxembourg
https://te.public.lu/fr/dette_publique/Evolution_historique_dette.html



Source : Portail des statistiques du Grand-Duché de Luxembourg
<http://www.statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=13205&IF>

sance (PSC) oblige les États de la zone euro à respecter certains objectifs de croissance (en principe un déficit structurel limité à 3 % du PIB) et à ne pas dépasser un certain niveau d'endettement (en principe 60 % du PIB).

Si l'État était un particulier souhaitant acheter une maison, la banque calculerait sa capacité de remboursement sur 15 à 30 ans, en veillant à ce que ses remboursements annuels ne dépassent pas 30 % de son revenu annuel. Par exemple, un salarié qui gagne 60.000 euros par an aurait une capacité de remboursements annuels de 18.000 euros (30 % x 60.000). Sur 20 ans, il pourrait donc emprunter jusqu'à 360.000 euros (18.000 x 20).

Selon les règles du PSC, l'État, lui, ne peut pas s'endetter pour plus de 60 % de son PIB. Par analogie avec un particulier, un État avec un PIB de 60 milliards qui souhaiterait rénover l'ensemble de son réseau de transports en commun et lancer un programme de rénovation énergétique des bâtiments publics ne pourrait, lui, emprunter que 36 milliards (60 % x 60) alors que son investissement sera amorti sur plusieurs décennies et aura des retombées positives sur plusieurs générations.

Bien que simpliste, cette analogie permet de mesurer à quel point le carcan budgétaire européen est inadapté à une planification à long terme des finances publiques. Il pousse les gouvernements à gérer les dépenses publiques avec une vision à court et moyen terme au détriment de la planète et des générations futures.

C'est pourquoi les partenaires sociaux réclament depuis longtemps une réforme du PSC qui exclurait les investissements publics du calcul des déficits publics. Ceci permettrait de considérer les investissements dans des infrastructures publiques durables non plus comme une charge pesant sur le budget des États mais comme une source de productivité future et donc de bien-être pour les générations à venir.

De l'argent magique

Dans le même ordre d'idée, les décideurs nous serinaient depuis la crise financière de 2008 avec cette idée qu'il n'existerait pas « d'argent magique » et qu'avec l'équilibre budgétaire en ligne de mire, le droit européen ne permettrait pas aux banques centrales de sauver leurs États du surendettement. Pourtant, la crise du coronavirus a tout à coup révélé que, dans des circonstances exceptionnelles, le droit européen prévoyait depuis 2011 une « clause de suspension générale » jamais utilisée qui permet aux États de déroger aux règles du PSC pour engager les dépenses nécessaires pour faire face à la pandémie.

D'autre part, le Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) a libéré la Banque centrale européenne (BCE) des plafonds par lesquels elle s'interdisait d'acheter plus d'un tiers de la dette d'un État.

Enfin, l'article 122-2 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) permet de venir en aide à des États européens en difficulté en cas de circonstances exceptionnelles. La crise sanitaire mondiale due au COVID-19 et l'endettement des États qui en a résulté ne sont-ils pas précisément le type de circonstances exceptionnelles à considérer ?

Pistes pour un cercle vertueux

Après la 2^{ème} guerre mondiale, nos voisins se sont endettés à hauteur de 200 % à 300 % de leurs PIB pour financer la reconstruction et ont fini par absorber ces

dettes grâce à des annulations de dettes, à l'inflation et la croissance ainsi qu'à des prélèvements sur les hauts patrimoines immobiliers et financiers (Allemagne).

Concernant l'inflation et la croissance, les économistes ont été contraints, au vu de l'impossibilité pour la BCE de relancer l'inflation depuis 2013 alors que les taux d'intérêts sont au plus bas, d'admettre que la création monétaire n'engendre pas une inflation incontrôlable et que la croissance ne redémarre pas avec la seule bonne volonté des établissements bancaires puisqu'ils préfèrent encore proposer des intérêts négatifs à des États comme le Luxembourg plutôt que prendre des risques en prêtant aux acteurs de l'économie réelle (entreprises et particuliers).

Grâce au maintien d'un niveau d'investissements publics relativement conséquent, le Luxembourg a su sortir de la crise financière de 2008 plus rapidement que la plupart de ses voisins. Il a ainsi prouvé que le meilleur remède à une crise économique reste l'investissement public, à condition qu'il n'hypothèque pas les perspectives d'avenir.

Préparer l'avenir des générations futures ce n'est pas seulement éviter de leur léguer un monde criblé de dettes, c'est aussi leur léguer un monde habitable, respirable et durable. Or un grand nombre de citoyens a également mis à profit la période du confinement pour s'interroger sur ses propres buts et objectifs de vie. Les populations ont ainsi pris conscience de la nécessité de replacer la vie, la nature et l'humain au centre des préoccupations. Les peuples ne trouvent plus de sens à cette course effrénée à la croissance et aspirent enfin à une vraie rupture avec les erreurs du passé.

Le climat : un bien public mondial

Au-delà de l'impact économique de la crise sanitaire, nous sommes face à deux défis bien plus grands et globaux auxquels le vieux système néolibéral est incapable de répondre : le réchauffement climatique et l'effondrement de la biodiversité.

Nous savons pertinemment que cette catastrophe pour la planète et pour l'hu-

manité devient irréversible et qu'aucune réponse au niveau national ne suffira. Les émissions carbone d'un nouveau complexe industriel au Luxembourg n'impacteront pas seulement les gaz à effet de serre au Luxembourg, puisque le CO2 ne s'arrête pas aux frontières, mais la quantité globale d'émissions de CO2. Parallèlement, le Luxembourg aura beau, à son niveau, développer la mobilité douce et interdire les pesticides, l'effort individuel de chaque État ne suffira pas à enrayer la catastrophe.

À l'inverse, chaque effort individuel d'un État en faveur des énergies vertes ne bénéficie pas seulement à cet État et à sa population mais à l'ensemble du monde. Par conséquent, les efforts en faveur du développement durable ne devraient pas être assumés par les seuls États qui ont pris la mesure du danger à venir mais de façon beaucoup plus globale, au-delà des frontières et des continents, par la collectivité mondiale, car notre planète et la biodiversité sont un bien public mondial.

Contrairement aux conséquences de la crise financière sur certains pays de la zone euro, où certains États ont refusé d'être solidaires avec les États les plus touchés, les accusant de n'avoir pas géré leurs budgets en bons pères de famille, les conséquences du changement climatique et de la crise sanitaire sont un problème global auquel il est indispensable d'apporter des solutions collectives qui dépassent les frontières des États.

Rendre la transition écologique gratuite

Il devient donc inéluctable d'envisager une solution alternative pour sortir à la fois du cercle vicieux de l'endettement et de la mort programmée de notre planète. Or, la meilleure façon de faire concorder ces objectifs se trouve dans une proposition que de plus en plus d'économistes et de députés tous bords politiques confondus commencent à envisager : annuler les dettes publiques en contrepartie d'investissements dans la transition écologique.

En pratique, la Banque centrale européenne (BCE) ne se contenterait plus d'alimenter le seul système bancaire et financier en rachetant des titres de dettes

des États sans parvenir à relancer l'économie réelle ; mais elle renoncerait intégralement aux remboursements des dettes souveraines par les États en contrepartie d'investissements verts équivalents dans l'intérêt commun de l'ensemble des Européens.

Les États comme le Luxembourg, qui n'auraient pas eu recours à la BCE pourraient ainsi, eux aussi, bénéficier non seulement des retombées positives des efforts des autres États membres en faveur de la protection du climat mais également du rachat par la BCE de titres de dette publique équivalents à ses efforts en faveur de la transition écologique.

Ce mécanisme permettrait de répondre simultanément à plusieurs doléances des partenaires sociaux :

1. Alléger l'endettement des États les plus impactés par la crise financière puis par la crise sanitaire ;
2. Éviter des restrictions budgétaires destructrices d'emploi, de croissance et à effet déflationniste ;
3. Mettre un terme au cercle vicieux de l'augmentation des dettes souveraines ;
4. Exclure, de facto, les investissements publics en faveur du développement durable du calcul des déficits publics ;
5. Doter la zone euro d'un véritable mécanisme de lutte contre les chocs asymétriques (chocs qui affectent de façon inégale certains États plus que d'autres) ;
6. Amorcer enfin le virage écologique et social qui n'est plus une option ou un courant politique mais une nécessité absolue.

Des propositions vertueuses et réalistes existent, mais pour les amorcer, encore faudrait-il que les décideurs aient le courage de faire passer l'intérêt des peuples et de notre planète au-dessus de l'intérêt économique de certains. L'espoir fait vivre... ou du moins survivre, pour un temps.

Stéphanie Ravat



¹ article 104 du Traité de Maastricht repris par l'article 123 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne

² Portail des statistiques du Grand-Duché de Luxembourg, Intérêts (consolidés) – Déficit et dette publique <http://www.statistiques.public.lu/stat/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=13205&IF>

³ Programme de Stabilité et de Croissance du Grand-Duché de Luxembourg 2020 https://mfin.gouvernement.lu/fr/actualites/gouvernement%2Bfr%2Bactualites%2Btoutes_actualites%2Bcommuniqués%2B2020%2B04-avril%2B29-psc-covid19.html

POUR ALLER PLUS LOIN :

Le Monde diplomatique : « Faut-il payer la dette ? » - Manière de voir » #173, octobre-novembre 2020 <https://www.monde-diplomatique.fr/mav/173/>

Alternatives économiques : « Annulation de la dette publique : possible juridiquement, nécessaire économiquement » - Alain Grandjean et Nicolas Dufrêne, 12/05/2020 <https://www.alternatives-economiques.fr/annulation-de-dette-publique-possible-juridiquement-necessaire-economique/00092745>

Terra Nova : « Crise économique et écologique : osons des décisions de rupture », Laurence Scialom, Baptiste Bridonneau, 02/04/2020 <https://tnova.fr/notes/crise-economique-et-ecologique-osons-des-decisions-de-rupture>

Terra Nova : « Des annulations de dette publique par la BCE : lançons le débat », Laurence Scialom, Baptiste Bridonneau, 17/04/2020 <https://tnova.fr/notes/des-annulations-de-dette-publique-par-la-bce-lancons-le-debat>

Institut Veblen : « La « monnaie hélicoptère » contre la dépression dans le sillage de la crise sanitaire », Jézabel Couppey-Soubeyran, 17/04/2020 <https://www.veblen-institute.org/La-monnaie-helicoptere-contre-la-depression-dans-le-sillage-de-la-crise.html>



NEW CUPRA FORMENTOR

FEEL ANOTHER WAY.

RÉSERVEZ VOTRE ESSAI
SUR [CUPRAOFFICIAL.LU](https://cupraofficial.lu)

NEDC : Consommation : 7,7 l / 100km. Émissions : 175 g CO₂ / km. WLTP : Consommation : 9,0 - 8,2 l / 100km. Émissions : 203 - 186 g CO₂ / km. Les valeurs de consommation et d'émission indiquées ont été déterminées selon les méthodes de mesure prescrites par la loi. Vous trouverez plus d'informations sur les différences entre WLTP et NEDC sur cupraofficial.lu ou chez votre conseiller de vente CUPRA.





Entrevue entre la CGFP et Luxembourg for Finance

La crise exige des solutions communes

Les conséquences économiques de la pandémie se feront probablement ressentir dans les mois à venir : Telle a été la conclusion de la CGFP lors d’une entrevue avec les représentants de Luxembourg for Finance (LFF) le 21 septembre dernier. L’Agence de Développement de la Place Financière luxembourgeoise a récemment lancé une campagne d’information visant à présenter au grand public les activités de l’industrie financière au Luxembourg. Dans ce contexte, les responsables de la LFF ont saisi l’occasion pour

entamer un dialogue avec la CGFP. Ces réunions régulières ont pour but de s’échanger sur la contribution que la place financière pourrait apporter à un avenir durable. Même si les activités très diversifiées du secteur financier luxembourgeois ont été largement maintenues durant le confinement, les conséquences de la crise COVID-19 risqueraient d’y laisser de profondes traces. Si certaines entreprises se trouvaient dans l’incapacité de rembourser leurs prêts à court terme,

les institutions financières ressentiraient les effets de la crise avec un certain retard. En matière de finances publiques le Luxembourg serait bien positionné au niveau international. Malgré cette situation favorable, le Grand-Duché dépendrait fortement de l’évolution mondiale. La CGFP a souligné que la crise actuelle requerrait des solutions communes. Des discussions suscitant la jalousie entre les différents secteurs de l’économie seraient inappropriées et contre-productives. De plus, la panique ne serait pas

le moyen approprié pour contrecarrer la crise. Les représentants de la CGFP et de Luxembourg for Finance ont également évoqué les défis futurs du télétravail. Une persistance de la pandémie impliquerait que le travail à domicile serait en train de se généraliser, a souligné la CGFP. Néanmoins, de nombreuses questions resteraient sans réponses. Il s’agirait avant tout de clarifier, si les dérogations concernant l’imposition des frontaliers seraient prolongées au-delà de la fin de l’année. La même question se poserait dans le cadre des dispositions particulières relatives à la sécurité sociale. En outre, le télétravail présenterait un réel danger pour le Luxembourg en tant que lieu d’implantation des entreprises : de nombreuses sociétés pourraient être incitées à délocaliser une partie de leurs activités à l’étranger. Une telle évolution entraînerait non seulement une diminution de l’emploi, mais aussi une baisse des recettes de l’impôt sur le revenu. Ces considérations devraient être prises en compte avant d’intensifier le principe du télétravail. Un autre point de discussion majeur concernait la pénurie de logements au Luxembourg, une situation inquiétante depuis des décennies. Les interlocuteurs ont constaté une vue trop simpliste de la complexité du problème. Contrairement à l’opinion communément admise, ce ne seraient pas les salaires prétendument exorbitants de certains secteurs de l’économie qui ont mené à cette hausse généralisée des prix de l’immobilier. Selon eux, la politique des taux d’intérêt actuelle serait plutôt à l’origine de la problématique.

ml

EXKLUSIV OFFER FIR STAATS- A GEMENGEBEAMTEN

D’BANK WIESSELE WAR NACH NI ESOU INTERESSANT AN EINFACH

Profitéiert vu ville Virdeeler a vun eisem Bankmobilitéitsservice!¹⁾

bgl.lu/de/bankkonto-beamte

100 EUR OFFRÉIERT FIR DÉI 50 ÉISCHT KONT-OUVERTUREN²⁾

BGL BNP PARIBAS

D’Bank fir eng Welt déi ännert

1) D’Offer gëllt nëmmen fir Lëtzebuerger Staats- a Gemeengebeamten, bei enger Domiciliatioun vum Salaire. D’Ouverture vum Kont ënnerläit Konditiounen. Méi Informatiounen iwwer d’Konditiounen vum der Ouverture vum Kont an eis Tariffer op bgl.lu oder um (+352) 42 42-2000.

2) 100 EUR iwwerweisen op e solidaresche Spuerkont Finance4Good. D’Ouverture vum Kont ënnerläit Konditiounen.

BGL BNP PARIBAS (50, avenue J.F. Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B 6481) Kommunikatioun Marketing Oktober 2020

Rencontre entre la CGFP et l'ALSAT

Lutte contre le manque chronique de médecins du travail

Les risques liés à la crise COVID-19 requièrent des mesures particulières pour la santé et la sécurité au travail. Pour faire face à l'évolution rapide de la pandémie, les instructions et l'évaluation régulière des risques doivent être adaptées au fur et à mesure. Lors d'une entrevue entre la CGFP et l'Association luxembourgeoise de santé au travail le 28 septembre dernier, les représentants de l'ALSAT ont souligné le rôle important de la médecine du travail en termes de bien-être au travail et de performance économique.

Malgré la charge de travail élevée, due à la crise COVID-19, le Luxembourg souffrirait d'un manque chronique de médecins du travail. Cette tendance préoccupante entraînerait de longs délais d'attente, notamment au sein des grands services de santé au travail. En principe, les médecins du travail sont tenus à passer un tiers de leur temps de travail auprès du personnel dans les administrations et les entreprises. Toutefois, en raison de la faiblesse des effectifs, il leur serait aujourd'hui difficile de répondre à cette exigence. Ce constat appellerait des solutions rapides et pragmatiques pour combler les lacunes existantes.

Afin de relever les défis, ce secteur professionnel devrait être rendu plus attrayant. L'introduction d'une formation spécialisée en médecine du travail à l'Université du Luxembourg serait une solution parmi d'autres pour lutter contre le manque généralisé de personnel. Les représentants de l'ALSAT ont précisé que ce projet semblerait être sur la bonne

voie pour être adopté prochainement. Par ailleurs, ils ont appelé à réfléchir sur l'idée d'associer les infirmières plus étroitement au travail de prévention afin de mieux soulager les médecins du travail. Un master en médecine du travail pour les infirmières serait utile à cet égard.

Selon l'ALSAT, la santé et la sécurité sur le lieu de travail seraient bientôt placées sous la tutelle du ministère du Travail. Ce transfert inquiéterait particulièrement les responsables. L'actuelle pandémie aurait montré la nécessité de garder le ministère de la Santé comme interlocuteur de référence.

La création d'un service unique pour la médecine du travail, souhaité par certains milieux politiques, aurait également suscité leur inquiétude. À l'heure actuelle, il serait difficile d'imaginer comment ce projet pourrait être mis en œuvre efficacement.

Depuis quelques années, les services de santé au travail sont très impliqués dans la gestion des risques psychosociaux. Pour éviter le risque d'isolement social, la CGFP et l'ALSAT se sont prononcées pour la promotion d'un télétravail alterné. Les représentants de la CGFP ont indiqué que les négociations actuelles avec le ministre de la Fonction publique,

Marc Hansen, porteraient surtout sur la réglementation d'une introduction généralisée du télétravail dans le secteur public.

Après l'abrogation du règlement grand-ducal en question, il serait nécessaire d'en adopter un second, tenant bien compte de la situation à ce moment. Afin d'assurer une protection optimale aux agents de l'État un certain nombre de questions fondamentales (accidents du travail, fiscalité des agents publics frontaliers, droit à la déconnexion,...) devraient être réexaminées suivant l'évolution de la crise sanitaire.

ml



Échange de vues entre la CGFP et Greenpeace Luxembourg

CGFP : La protection du climat ne doit pas engendrer une injustice sociale

Le coronavirus a fortement frappé l'économie mondiale. Dans de nombreux pays, le chômage atteint un point critique. Grâce à un plan de relance économique coûteux, le gouvernement luxembourgeois tente d'atténuer les graves conséquences de la crise actuelle. Afin de stimuler l'économie nationale, des aides financières aux familles et aux salariés ainsi que des subventions considérables aux entreprises ont été mises en place.

Mais quel sera l'impact de la pandémie sur la lutte contre le changement climatique? Le 17 septembre 2020, une réunion a eu lieu à la demande de Greenpeace Luxembourg pour aborder cette question cruciale. Au cours de cet échange de vues avec la CGFP, tous les participants se sont accordés sur le constat que le débat climatique serait étroitement lié à la justice sociale. La CGFP et les écologistes sont convenus que tous les acteurs devraient prendre immédiatement leurs responsabilités, notamment en matière fiscale.

La CGFP a souligné que dans le passé, les augmentations de charge fiscale pour remédier aux crises, avaient frappé avant tout les ménages privés. La Confédération Générale de la Fonction Publique

rejette clairement de telles pratiques. Aucune mesure unilatérale ne devrait être adoptée pour financer les conséquences de la crise COVID-19.

Une fois de plus, la CGFP s'est prononcée en faveur d'une politique fiscale plus équitable au Luxembourg. La taxe carbone devrait faire partie intégrante

de la réforme fiscale prévue par le gouvernement. Un tel impôt ne devrait donc pas être mis en place à l'heure actuelle. Introduire une série de mesures très sévères dans un court laps de temps serait une mauvaise approche.

La CGFP a insisté sur le fait qu'un impôt destiné à réduire les émissions de

CO2 ne devrait pas créer de nouvelles injustices sociales. Pour les personnes à faible revenu, donc financièrement désavantagées par une telle taxe, des mesures de compensation seraient incontournables.

Afin de financer ces mesures de rééquilibrage les fonds d'investissement spécialisés (FIS) devraient être soumis à une imposition progressive. Les FIS, abritant environ 600 milliards d'euros placés par des investisseurs avertis, seraient actuellement taxés à un taux ridiculement bas. La CGFP a appelé le gouvernement à réviser rapidement sa politique fiscale dans son ensemble.

ml





Nouvelle MEGANE Grandtour PLUG-IN HYBRID

À partir de
289€/mois TVAc
avec dernière mensualité majorée de 9.738 €*

2.500 € de prime gouvernementale **

4,6 - 6,2 l/100 km · 120 - 142 g CO₂/km (WLTP) • 1,3 - 1,6 l/100 km · 29 - 34 g CO₂/km (WLTP)

Contactez votre concessionnaire pour toute information relative à la fiscalité de votre véhicule.

* Financement EASYfin Planning ECO : Exemple représentatif - **Prêt à tempérament* avec dernière mensualité majorée.** Prix au comptant avec extension de garantie My Warranty (5 ans / 100.000km) : 34.984 € TVAc. Acompte (facultatif) : 8.967 €. Montant du prêt : 26.017 €. **TAEG (Taux Annuel Effectif Global) de 1,99 %** et taux débiteur fixe 1,97 %. Durée de 60 mois. Remboursable en **59 mensualités de 289,12 €** dont 10 € pour l'option extension de garantie. **Dernière mensualité majorée : 10.784,32 €.** Valable du 01/10/2020 au 02/11/2020. Montant total dû (hors acompte) : 27.842,44 €.

Exemple illustratif pour une Renault Mégane Grandtour ZEN E-TECH Plug-In Hybrid avec extension de garantie My Warranty inclus (5 ans/100.000km) : 33.860 € TVAc, acompte 5.298,38 €, prime de recyclage conditionnelle de 1.500 € et remise supplémentaire de 2.000 €. Montant du prêt (acompte et remise déduites) : 25.061,62 €, pour une durée de 60 mois. 59 mensualités de 289€ dont 12€ pour l'option extension de garantie My Warranty, dernière mensualité majorée de 9.737,5€, montant total dû (hors acompte) : 26.788,5 €. * Cette offre de prêt à tempérament EASYdeal se compose d'un crédit EASYfin Planning ECO. TAEG (Taux Annuel Effectif Global) de 1,99% et taux débiteur fixe de 1,97% pour une durée maximale de 60 mois, sans acompte obligatoire et d'un contrat d'extension de garantie et est réservée aux particuliers sur la gamme Renault Z.E et E-TECH. Ces 2 contrats peuvent être souscrits séparément à des conditions identiques. Option My Warranty incluse (5 ans / 100.000 km). La première de ces 2 échéances atteinte mettra fin au contrat d'extension de garantie. Sous réserve d'acceptation de la demande de crédit par AlphaCredit S.A. (Prêteur), Boulevard Saint-Lazare 4-10/3, 1210 RPM Bruxelles, TVA BE 0445.781.316 - IBAN BE80 2100 0003 1677. ** Plus d'infos pour la procédure de remboursement de la prime sur clever-fueren.lu. Modèles illustrés : Nouvelle Renault MEGANE R.S. LINE TCe 140 GPF et Nouvelle Renault MEGANE Grandtour INTENS E-TECH Plug-in Hybrid. Prix catalogue conseillés TVAc options incluses : Respectivement 28.745 € et 35.995€. Annonceur: Renault Belgique-Luxembourg S.A. (Importateur), Chaussée de Mons 281, 1070 RPM Bruxelles, TVA BE 0403 463 679 - IBAN BE76 0017 8828 2195. Votre revendeur Renault agit en qualité d'agent à titre accessoire.

ATTENTION, EMPRUNTER DE L'ARGENT COÛTE AUSSI DE L'ARGENT.

Renault préconise

DONNONS PRIORITÉ À LA SÉCURITÉ.

[renault.lu](https://www.renault.lu)

Covid-Krise und Staatsfinanzen:

Nein zu schnellen und schädlichen Steuererhöhungen!

Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Besteuerung der Spekulationsgewinne auf Baugrundstücken, soziale Steuergerechtigkeit, breite und schmale Schultern, grüne und nachhaltige Steuerakzente zur Abwendung der Klimakatastrophe: Es gibt wahrlich viele Gründe, die bestehenden fiskalischen Regeln ändern zu wollen. Selbst wenn dabei die bisher geäußerten Meinungen weit voneinander abweichen, sowohl über die erforderlichen Prioritäten wie über deren relative Gewichtung zueinander, aber auch über die Notwendigkeit, die Nützlichkeit und die Wirksamkeit der einzelnen Vorschläge.

Eine notwendige Reformdebatte

Gleichzeitig gibt es keinen ersichtlichen Grund, derartige Überlegungen jetzt corona-bedingt zu verschieben, statt sie sofort und resolut zu debattieren. Denn solche Ideen und Vorschläge verlangen eine fundamentale Analyse von Fakten und Argumenten, und sie erfordern somit einen gewissen Reifungsprozess mit einer breiten Diskussion.

Hingegen ist es – und darauf muss nachdrücklich hingewiesen werden – absolut unseriös, nach schnellem Handeln zu rufen und sofortige schwerwiegende Schnellschüsse zu fordern. Es wäre grundsätzlich falsch, überstürzt zu handeln, unter dem irrigen Vorwand, das Staatsschiff befände sich unmittelbar vor dem finanziellen Untergang.

Denn so stark und berechtigt der Wunsch nach einer fiskalischen Remedur auch sein mag, steuerpolitisch liegen keine evidenten und einfachen Lösungen auf der Hand, weil die zu behandelnde Materie mehr als nur komplex ist. Es ist vielmehr dringend geboten, sehr gut zu überlegen, bevor man den Kurs wechselt.

Ein falsches Bild zur Kassenlage

Denn ein akuter Handlungsbedarf im Sinne einer Erhöhung der Staatseinnahmen, wie ihn der eine oder andere Parteipolitiker nun dramatisch beschwört, ist keineswegs gegeben. Eine überhöhte Staatsverschuldung gibt es in Wirklichkeit nämlich nicht, und es steht auch keine Staatspleite infolge der sehr teuren staatlichen Maßnahmen zur Abfederung der Pandemiefolgen bevor.

Die übertriebene alarmierende Einschätzung der Lage beruht keinesfalls auf einer sachlichen Analyse der Realität, wie sich eindeutig nachweisen lässt. Leider beziehen viele unserer Volksvertreter ihre Überzeugungen lediglich aus den Meinungen anderer Politiker und aus den Behauptungen interessierter Lobbyisten.

Dabei stellt sich die Frage, ob sie zu bequem sind, um die richtigen Zahlen nachzusuchen, oder ob sie nicht wissen, wo man diese findet. Aber die Fakten und sachlichen Zusammenhänge sind ja ohnehin zweitrangig, wenn es hauptsächlich um Selbstinszenierung geht.

Internationale Unterschiede

Gewiss! Die in einem nationalen Konsens getroffenen mutigen sozialen sowie finanziellen Krisenmaßnahmen werden die Staatsschuld in einem ganz erheblichen Ausmaß anwachsen lassen.

Und diese Schulden müssen eines Tages beglichen oder zumindest deutlich heruntergefahren werden.

Doch während andere Staaten, die bereits vor der Krise mit stark angeschlagenen öffentlichen Finanzen zu kämpfen hatten, nun sowohl kurz- wie auch längerfristig ganz erheblich in die Bredouille kommen, ist dies bei uns absolut nicht der Fall. Luxemburg kann auf die sehr lange Tradition einer seriösen Budgetpolitik zurückblicken und hielt stets an der Überzeugung fest, dass insbesondere ein kleines Land auf gesunde Staatsfinanzen angewiesen ist.

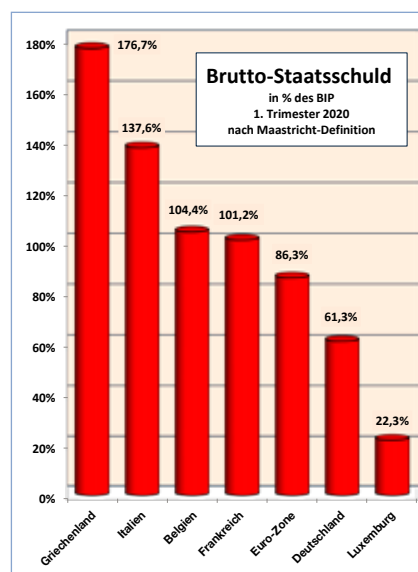
Unsere beharrliche budgetäre Orthodoxie ist eine wichtige Errungenschaft für die internationale Glaubwürdigkeit des Landes, die Solidität seines Standortes und somit eine Trumpfkarte, die nicht infrage gestellt werden darf. Doch diese Erkenntnis sollte nicht zu einem ideologischen Starrsinn führen, der Budgetstatistiken zu einem Dogma erhebt. Wir dürfen nicht den Bezug zur Realität verlieren: Falls erforderlich, gilt es, sich der konjunkturellen Lage anzupassen. Wer in dieser Frage mitredet, darf die entscheidenden Fakten nicht ignorieren.

Der budgetäre Klassenbeste

Seit Beginn der Covid-Krise haben sämtliche internationale Ratingagenturen, welche die Lage unserer Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen Luxemburgs neu bewertet haben, ausnahmslos die Höchstmarke „AAA mit stabilem Ausblick“ für unsere Staatsschuld bestätigt (nach Moodys im Juli zogen Fitch, DBRS-Morningstar und Standard & Poors im September nach).

Weltweit erhielten wir bei keiner Agentur eine andere Bewertung als die Höchstnote; und bei der chinesischen Agentur Dagong ist Luxemburg sogar das einzige EU-Land mit dieser Note! Die Zeugnisse dieser Finanzprofis, auf deren Urteil sich die Investoren der gesamten Welt verlassen, beruhen nicht auf Meinungen, Eindrücken und Spekulationen, sondern auf einer eingehenden Analyse sämtlicher verfügbarer Zahlen und Zusammenhänge.

Der harmonisierten Eurostat-Berechnung zufolge betrug die Staatsschuld, im ersten Trimester 2020 und im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Luxemburg 22,3 %, in Deutschland 61,3 %, in Frankreich 101,2 %, in Belgien 104,4 %, in Italien 137,6 %, und in Griechenland 176,7 % (siehe Grafik unten).

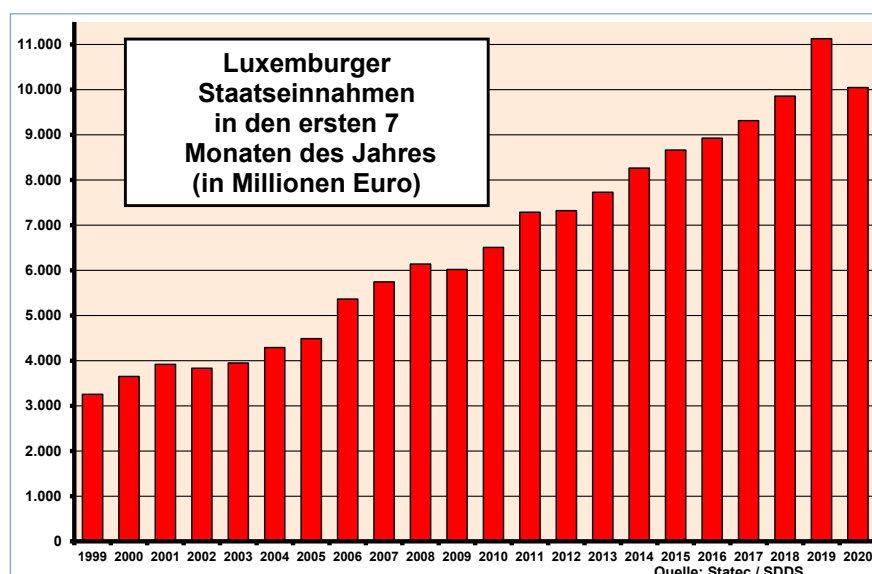


Ende September legte der Finanzminister die staatlichen Generalkonten für das Budgetjahr 2019 vor, deren Saldo um 686,5 Millionen besser ausgefallen sind als eingeplant, vor allem weil die Steuereinnahmen die Erwartungen um +4,9 % übertrafen. Im laufenden Jahr sind nun die Steuereinnahmen selbstverständlich niedriger als 2019, sie blieben jedoch weiterhin deutlich höher als 2018, was in keinem unserer Nachbarländer der Fall ist (siehe Grafik oben).

Solide ökonomische Grundlagen

Diese solide Finanzlage des Staates fußt natürlich auf der strukturellen Gesundheit unserer Volkswirtschaft. Im Zeitraum von 1995 bis 2018 kannte die Luxemburger Ökonomie ein reales (also preisbereinigtes) durchschnittliches Wachstum von jährlich +3,5 %, gegenüber nur +1,6 % in der EU. Die entsprechenden Zahlen lagen 2019 bei +2,3 % gegenüber +1,2 %, und für den Zeitraum 2022 bis 2024 liegen die Erwartungen bei +3,4 % gegenüber +2,2 %.

Für das laufende Rechnungsjahr erwartet unser statistisches Amt einen Rückgang des Bruttonettoproduktes um -6 %, gefolgt im nächsten Jahr von einer Erholung um +7 %, sodass bereits im Jahre 2021 das Niveau von 2019 wieder überschritten sein soll. Dies wird bei keinem unserer Nachbarn der Fall sein: Die Eurostat-Experten sagen für 2020 deutliche Abstürze voraus: -6,3 % in Deutschland, -8,8 % in Belgien, -10,6 % in Frankreich, während Südeuropa, das ja teilweise die 2008er Krise noch immer nicht verdaut hat, noch deutlich mehr betroffen sein wird.



Wohl ist die Arbeitslosenrate von 5,8 % im Januar und Februar auf 7,0 % im April und Mai gestiegen. Bis August sank sie bereits wieder auf 6,5 %. Vor allem aber stieg die Zahl der Beschäftigten in Luxemburg von April bis August um +3.200 Personen netto an, sodass es gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ein Nettoplus von +8.500 Beschäftigten oder +1,8 % gab.

Die Lokomotiven funktionieren weiter

Dies belegt, dass die wichtigen Bestandteile unserer Wirtschaft, vor allem auch jene, die sich im internationalen Wettbewerb zu bewähren haben, strukturell sehr gesund und solide aufgestellt sind, sodass sie der Covid-Krise robust widerstehen können.

In der vom Brexit „gedopten“ Versicherungsbranche stiegen die Bilanzsummen 2019 um 25 %, die Jahreseinnahmen wuchsen um 31 %, die Nachsteuergewinne legten um 100 % zu. Trotz Pandemie verzeichneten die hiesigen Banken im ersten Halbjahr 2020 ein Einnahmewachstum von 6,4 %. Die Gewinne vor Rückstellungen stiegen um 8,2 %. Und allen krisengebedingten Börsenturbulenzen zum Trotz lag das Gesamtvermögen aller Luxemburger Investmentfonds Ende August 4,3 % höher als zwölf Monate zuvor.

Licht und Schatten

Wohl sind manche Firmen und bestimmte Sektoren – und deswegen auch eine Menge Arbeitnehmer – sehr hart von der jetzigen Krise betroffen, weshalb sie, ganz zu Recht, öffentliche Unterstützungen in Milliardenhöhe erhalten. Genauso klar und indiskutabel ist, dass diese enormen Anstrengungen, mit denen ein gigantischer wirtschaftlicher Zusammenbruch und ein soziales Desaster verhindert werden sollen, den Staatshaushalt vorübergehend in einem noch nie erlebten Ausmaß belasten werden.

Deswegen aber in Panik und Zukunftsangst zu verfallen, würde bedeuten, die wesentlichen ökonomischen und finanziellen Fakten der heutigen Luxemburger Situation außer Acht zu lassen. Alles eindeutige Tatsachen, derentwegen unsere neuen langfristigen Staatsanleihen mit ihren Negativzinssätzen von den internationalen Kapitalmärkten um ein Vielfaches überzeichnet werden.

Der andere Musterschüler

In diesem Zusammenhang sollte hier auch darauf verwiesen werden, dass die deutschen Nachbarn (die mit ihrer jahrzehntelangen Diskussion über die ominöse budgetäre „schwarze Null“ ja wahrlich keine haushaltspolitischen Hasardeure sind) jetzt planen, bis 2024 Budgetdefizite zu fahren, um somit die Konjunktur zu stützen. Mit der Rückzahlung ihrer neuen Staatsschulden soll nicht vor 2025 begonnen werden. Der Schuldenabbau soll sich dann über 20 bis 30 Jahre erstrecken. Auch die beiden EU-Anleihen zur Finanzierung des Aufschwungs werden ihrerseits erst 2053 und 2058 zurückgezahlt sein.

Und die deutschen „Wirtschaftsweisen“, denen man gewiss keinen Leichtsinn anlasten kann, warnen mit Nachdruck davor, die erforderliche Konjunkturerholung zu früh mit Steuererhöhungen abzuwürgen, dies zu Lasten der Kaufkraft und unter direkter Bedrohung prinzipiell gesunder Unternehmen mit Millionen von Arbeitsplätzen.

Diese Strategie findet in Deutschland eine breite Zustimmung, bis in die parlamentarische Opposition und in die Zivilgesellschaft hinein. Ganz eindeutig, weil die moderate deutsche Staatsschuld (genau wie die luxemburgische) problemlos

eine deutliche Schuldenerhöhung vertragen kann. Viele Länder, vor allem im südlichen Teil Europas, befinden sich in einer anderen Lage.

Nun ist unsere Wirtschaft von der Krise nicht stärker betroffen als die deutsche, und im Vergleich zur Wirtschaftsleistung ist unsere Staatsschuld dreimal kleiner als die deutsche. Zudem sei darauf hingewiesen, dass unsere budgetäre Schuldenlast hinsichtlich der anfallenden Zinszahlungen kurz- und mittelfristig sogar rückläufig sein wird, dies aufgrund der Negativzinsen, die unsere AAA-Benotung jetzt erlaubt.

Das dicke Ende folgt

Doch eines darf dabei nicht übersehen werden: Viele unserer internationalen Partner werden viel dramatischere Corona-Konsequenzen erleiden als wir. In manchen Teilen Europas werden die Staatshaushalte wegen bereits bestehender Überschuldung die für den Aufschwung erforderliche Finanzierung nicht optimal stemmen können. Deswegen sind dort in vielen Bereichen der Wirtschaft massive Unternehmenspleiten zu erwarten, was schnell die Solidität der Banken in Gefahr bringen kann, einhergehend mit neuen Rufen nach massiven staatlichen Stützungsaktionen.

Wobei dann die finanzielle Schieflage mancher EU-Mitgliedsländer schnell zu enormen innereuropäischen Spannungen führen kann. Weil aber die geschwächten Länder wichtige Kunden unserer Wirtschaft sind, wird auch unser Wachstum in den kommenden Jahren wohl empfindlich belastet. Dass unser BIP sich vorerst sehr zügig erholen kann, bedeutet deshalb keineswegs, dass unsere Exporteure nicht nachträglich belastet werden können.

Und gerade deswegen ist es unklug und sogar gefährlich zu glauben, man könnte schon 2021 oder 2022 deutliche Steuererhöhungen vornehmen, ohne dadurch die Stabilität der nun einset-

zenden Erholungsphase zu gefährden. Die Befürworter einer sofortigen Wiederherstellung unseres traditionellen Budgetgleichgewichtes mögen versuchen, sich den Mantel einer gewissenhaften Vorsicht und Klugheit oder eines staatsmännischen Verantwortungsbewusstseins umzuhängen; ihr Vorpreschen ist dennoch lediglich der medienwirksame Ausdruck eines unüberlegten und kurz-sichtigen Aktionismus.

Steigende Einnahmen durch Aufschwung, statt durch Tarifierhöhungen

Wichtiger als das Aufpäppeln von Budgetstatistiken ist daher eine schnelle Stabilisierung des angeschlagenen Arbeitsmarktes, die Senkung der Arbeitslosenquote, die Absicherung des Wohlstandes der Bevölkerung und der Erhalt all unserer sozialen Errungenschaften.

Das vorübergehende Haushaltsdefizit, das wir bewusst in Kauf nehmen, wird zusammen mit den von der EU initiierten hohen Investitionsausgaben eine schnelle Erholung auf dem gesamten Kontinent ermöglichen: Dieser allgemeine Aufschwung wird schnell wieder anwachsende Staatseinnahmen nach sich ziehen. Dies ist kein naives Wunschenken von hoffnungsvollen Optimisten, sondern die durchaus fundierte Erwartung der allermeisten Experten.

Denn die Staatseinnahmen sind erfahrungsgemäß in beide Richtungen sehr konjunktursensibel. Bereits vor über zehn Jahren erlebten wir, dass es nicht die diversen Zukunftspakete und der steuerpolitische Zickzackkurs waren, die uns aus dem Sumpf zogen, sondern die schnell wiederhergestellte Attraktivität des internationalen Standortes Luxemburg (und ein sich erneut beschleunigender Boom auf unserem Arbeitsmarkt).

Wir stecken noch im Nebel

Sogar wer die Erwartung eines baldigen Aufschwungs anzweifelt, muss

eingestehen, dass wir derzeit keine klare Sicht der kurz- und mittelfristigen Entwicklung haben, nicht nur in medizinisch-sanitärer Hinsicht. Erst nach dem Abklingen der Covid-Krise und nach dem Beginn einer neuen Normalität werden wir vernünftig abschätzen können, in welchem Ausmaß Steuererhöhungen notwendig, nützlich oder gar entbehrlich und schädlich sein werden.

Die generelle Behauptung, die Staatsschuld diene dazu, die künftigen Generationen für unsere jetzigen Ausgaben zahlen zu lassen, ist insofern irreführend, da hierzulande seit jeher nur Investitionen und nie laufende Ausgaben mit Staatsanleihen finanziert wurden. Die heutigen Infrastrukturinvestitionen nutzen aber auch den künftigen Generationen, deshalb ist es vernünftig, sie mitzahlen zu lassen.

Die vorgelegten Statistiken über die staatliche Verschuldung betreffen die „Bruttoschuld“. Das Vermögen des Staates oder zumindest seine reinen Finanzaktiva, wie etwa die staatlichen Beteiligungen an kommerziellen Firmen (SES, ArcelorMittal, BGL BNP Paribas, BIL, Luxair, Cargolux...), müssen davon abgezogen werden. Dabei zeigt sich dann, dass die Nettostaatsschuld in Luxemburg, im Gegensatz zu unseren Nachbarstaaten, eigentlich negativ ist.

In Sachen Steuerpolitik brauchen wir weder Hektik noch ideologische Vorurteile, sondern Besonnenheit und eine Politik der ruhigen Hand. Es gilt, die hier beschriebene Faktenlage zur Kenntnis zu nehmen. Diese erschließt sich einem nur, wenn man die Klugheit besitzt, über den nationalen Tellerrand hinauszuschauen.

Priorität für eine andere Verteilung der Steuerlast

Wenn also sinnvolle und dauerhaft haltbare Steuerreformen entstehen sollen, muss alles in Ruhe überlegt werden. Deswegen braucht man aber keineswegs

auf eine dezidierte Steuerdebatte über eine sozialgerechtere, sinnvollere und nachhaltigere Lastenverteilung zu verzichten.

Aber bitte keine aufgeregte Diskussion über hohe Lastenerhöhungen, die schnell in Kraft treten sollen, mit dem einzigen oder überwiegenden Zweck, die Staatseinnahmen aufzustocken und die Staatsschuld zu senken. Denn das wäre eine Reform aus falschen Gründen. Eine Steuerreform verdient nur dann ihren Namen, wenn den Abgabenerhöhungen auch vergleichbare Absenkungen gegenüberstehen und wenn die Steuergerechtigkeit einen höheren Stellenwert einnimmt als statistische Zahlen und Budgetratios.

Im Übrigen widersetzen sich die CGFP und die Berufskammer der öffentlich Bediensteten seit Jahrzehnten immer wieder beharrlich den unverantwortlichen Forderungen nach einer soliden Absenkung der Staatsausgaben (wie auch der Steuereinnahmen insgesamt), immer dann, wenn die Lobbyisten aus dem Patronatslager sich eigennützig einen schwachen und ohnmächtigen Staat schaffen wollten, mit dem infamen Ruf „Hungert das Biest aus!“.

In diesem Sinne ist auch in der heutigen Lage eine drastische Absenkung der Staatsausgaben zur schnellen Herstellung des Budgetgleichgewichts nicht annehmbar. Die Covid-Lage darf nicht für unsinnige Sparmaßnahmen missbraucht werden, weder bei den Sozialausgaben sowie bei der Sicherstellung eines ordentlich funktionierenden Staatsapparates noch bei zukunftssträchtigen Infrastrukturinvestitionen. Die aktuelle konjunkturelle Lage erfordert keinen Sparfanatismus oder generelle Steuererhöhungen. Sie rechtfertigt jedoch vorübergehend durchaus ein empfindliches antizyklisches Staatsdefizit.

Paul ZIMMER

Rekordinflation auf dem Wohnungsmarkt:

Politiker, macht doch Nägel mit Köpfen!

Seit 2012, in nur 8 Jahren, ist der Quadratmeterpreis für Appartementwohnungen um über 80 % gestiegen, der Baukostenindex aber nur um 16,8 % und der Lohnindex um 11,8 %. Dabei dreht die Spirale nun immer schneller: In den letzten 12 Monaten betrug die Steigerung des Quadratmeterpreises 16,7 %, gegenüber 11,8 % im Vorjahr. Und dies in einer Zeit, in der die Konsumgüterpreise weniger als 1 % im Jahr steigen!

Es gibt nie eine wirksame Therapie, ohne eine klare und richtige Diagnose. Dabei sind die Symptome unserer Immobilieninflation eindeutig, und sie werden von Jahr zu Jahr akuter. Die Gründe des Problems sind indiskutabel. Es gibt eine skrupellose Baulandspekulation, gegen die unsere Politik nichts unternimmt, ja, offensichtlich nichts unternehmen kann oder will.

Wir haben hier eine Milliardenlotterie, bei welcher das Immobilienkartell ohne irgendein Risiko jedes Jahr erneut gewinnt. Statt konkret und energisch den skrupellosen Grundstücksspekulanten an den Kragen zu gehen, eiert man herum und erwägt alle möglichen Rezepte. Den offensichtlichen Skandal aber wird weder eine Vermögens- noch eine Erbschaftssteuer in direkter Linie irgendwie beeinflussen können. Also bitte Schluss mit solchen Ablenkungsmanövern!

Und die Erhöhung der Hebesätze des Einheitswertes von Immobilien, die schärfste Waffe der Lokalpolitik, ist gewiss gut gemeint, aber national nur ein jämmerliches Armutszeugnis. Selbst bei einer Verdoppelung oder einer Verdreifachung der Belastung wird eine eventuelle Erhöhung der Grundsteuern, ob generell oder selektiv, den gleichen perversen Effekt haben wie diese kommunalen Initiativen, nämlich eine weitere Beschleunigung der derzeitigen Preisspirale.

Denn bei der heutigen Marktlage ist das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage derart massiv gestört, dass die Verkäufer und die Vermieter keinerlei Schwierigkeiten haben werden, jede normale neue Preissteigerung an die Käufer und die Mieter weiterzureichen.

Die Sachlage ist eigentlich bestens bekannt, und sie ist geradezu grotesk:

2016 besaßen in Luxemburg 176 Multimillionäre (117 Privatpersonen und 59 Firmen) sofort bebaubare Grundstücke im Wert von je über 10 Millionen Euro. Wohlverstanden zu den Immobilienpreisen von 2016: Seit dem Jahr dieser Erhebung ist der Quadratmeterpreis für neue Appartements um 43 % gestiegen. Gleichzeitig besaßen hierzulande 3.182 Personen und 150 Firmen bebaubare Grundstücke im damaligen Wert

von 13,5 Milliarden Euro, dies bei einem durchschnittlichen Wert von 4 Millionen Euro pro Besitzer.

Diese Latifundien von 185.800 Arstellten zu diesem Zeitpunkt flächenmäßig 63 % und wertmäßig 65 % aller direkt verfügbaren Baugrundstücke dar. 11.179 Normalbürger besaßen Flächen von jeweils weniger als 10 Ar.

Es ist dringend geboten, diese Sachlage endlich zur Kenntnis zu nehmen, zu beherzigen und dann daraus die richtigen, mutigen Schlüsse zu ziehen. Was wir brauchen, ist eine drakonische Spekulationssteuer für die professionellen Großgrundbesitzer. Dabei ist es absolut nicht notwendig, gleichzeitig auch die Oma zu belästigen, die einen Bauplatz für ihre Enkelin zurückhält. Denn das Problem ist nicht der geerbte Grundboden oder das intergenerationelle Weiterreichen von ererbtem Familienbesitz.

Sondern es geht einzig und allein darum, den Machenschaften von (in- und ausländischen) Raffgierigen Einhalt zu gebieten. Die jüngste Preisbeschleunigung beweist doch, dass diese skrupellosen Abzocker nicht nur die Lebensgrundlagen der Einwohner des Landes, sondern auch die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Luxemburg zu ruinieren drohen.

Eine schnelle Wende der Lage kann erreicht werden, wenn man auf den verfügbaren, aber zurückgehaltenen Baugrundstücken der Großspekulanten eine jährliche Steuer in Höhe von 5 % des Marktwertes erhebt. Eine derartige Abgabe wird den jährlichen Spekulationsertrag massiv beeinträchtigen, weil sie nicht ohne Weiteres an den Markt weitergereicht werden kann. Das erschüttert die Gewinnerwartungen und verscheucht diese Investitionen auf einträglichere Märkte. Außerdem müssen die Spekulanten dann jährlich hohe Zusatzgelder nachschießen, wenn sie ihre Spekulationsobjekte behalten wollen. Folglich wird wohl ein gewisser Teil der Grundstücke schnell auf den Markt kommen.

Diesen Vorschlag einer handfesten „Spekulantesteier“ hat die CGFP letztes Jahr vorgestellt, und „fonction publique“ hat ihn im Mai 2019 eingehend erläutert und begründet. Aber keine einzige große Partei des Landes hatte den Mut, sich dazu zu äußern, und kein einziges Presseorgan hat sich nennenswert damit befasst.

Stattdessen erleben wir allerlei kraftlose „Flickwerk-Vorschläge“ ohne echte Erfolgsaussichten sowie jede Menge Klagen und gegenseitige Schuldzuweisungen. Nur viel Geschrei und wenig Wolle! Sehr geehrte Damen und Herren aus der Politik, warum macht Ihr nicht Eure Arbeit, indem Ihr den CGFP-Vorschlag ernsthaft erörtert? Es sieht ja nicht danach aus, als gäbe es noch einen anderen Ausweg!

pz



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2020

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparguthaben Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparguthaben Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparguthaben Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparguthaben Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparkguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

Steingärten: heißes Pflaster

Sie zieren die Vorgärten ganzer Straßenzüge: die Steingärten. Auch wenn die grauen Flächen optisch im Trend liegen, für das Mikroklima sind sie eine Katastrophe.

Steingärten speichern Wärme, die sie in der Nacht wieder abgeben. Während einer Hitzewelle, wie sie Deutschland im Sommer 2018 erlebt hat, ist der Effekt für das Mikroklima verheerend. Schotter, Stein und Kies fördern die Flächenversiegelung und reduzieren die Bodenfruchtbarkeit. In dicht besiedelten Gebieten stellen diese Faktoren ohnehin ein großes Problem dar. „Bei starken Regenfällen und Unwettern können Steingärten die Überschwemmungsgefahr erhöhen“, warnt Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. Wassermassen, die nicht versickern können, setzen dem Hochwasserschutz und den lokalen Kläranlagen zu.

Grüne Lokalpolitik macht Hoffnung

Dass Steingärten der Umwelt schaden, ist vielen jedoch nicht bewusst. 59 Prozent der Befragten finden, dass die Entscheidung für einen Steingarten trotz Flächenversiegelung beim

Grundstückseigentümer liegen sollte. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der BHW Bausparkasse. Umweltschützer fordern daher ein radikales Umdenken. „In Deutschland haben erste Städte und Gemeinden das Anlegen von Steingärten bereits verboten oder eingeschränkt“, sagt Binder. Dort gilt beispielsweise mancherorts ein Steingarten-Verbot für neue Bebauungspläne. In vielen Kommunen werden Kiesbeete auf die Versiegelungsfläche angerechnet, was deren Gestaltung zumindest erschwert.

Blühende Rendite

Ihrem Ruf, pflegeleicht zu sein, werden Steingärten jedenfalls nicht gerecht. Denn Kies- und Steinbeete bieten einen guten Nährboden für hartnäckiges Unkraut. Bunte Gärten hingegen fördern den Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt. „Private Grünanlagen spielen eine wichtige Rolle im Kampf gegen den schwindenden Lebensraum für Schmetterlinge, Bienen und andere Insekten. Und sie steigern nicht zuletzt auch den Wert einer Immobilie“, so die Expertin der BHW Bausparkasse.



Grau versus grün: Die natürliche Bepflanzung von Vorgärten schützt Artenvielfalt und Mikroklima.



QUELLE: LINDA ORTH/BHW BAUSPARKASSE





Ein einziger Kontakt für alle Projekte rund um die Immobilie!

Unsere **Immobilienagentur**, berät Sie umgehend und umfassend in all Ihren Immobilientransaktionen.

- Ankauf
- Verkauf
- Vermietung
- professionelle Bewertung und Vermarktung
- Suchmandat
- ...

Unsere **Werte**:
Integrität,
Professionalität,
Transparenz,
Nachhaltigkeit
und soziales Engagement.



Unser **Netzwerk**:

Zusammen mit unseren Partnern bieten wir Ihnen einen realen Mehrwert durch zeitnahe, allumfängliche Kundenbetreuung für all Ihre Projekte und Wünsche.

- Beglaubigte Baugutachten
- Juristische und steuerliche Beratung
- Innenarchitektur
- Gartenpflege
- Renovierung
- ...

Unsere **Unterstützung**

Wir spenden 3 % unserer Honorare an den Kiwanis Club Luxemburg.

PRIMUS HOME & Partners • Christian Eilert
(+352) 26 67 22 86 • (+352) 621 29 79 59
info@primushome.lu • www.primushome.lu



Ein zweites Übel, das neben dem Terrorismus unsere Gesellschaft in den letzten Monaten heimgesucht hat, ist die COVID-19-Pandemie, deren Angstpotential auf ähnlichen Ursachen gründet wie denen des Dschihadismus: Zum einen kennzeichnet sich die Pandemie durch die Wahllosigkeit ihrer Opfer. Zum anderen schüchtert dieser Feind seine potentiellen Opfer noch „deutlicher“ mit seiner Unsichtbarkeit und Anonymität ein.

Der unsichtbare Feind

Über den Terror des Zufalls – Teil 2

In dem ersten Teil des Beitrags (vgl. fonction publique n° 266) wurde deutlich, dass sich der aufgeklärte Mensch des 21. Jahrhunderts, geblendet oder abhängig von dem naturwissenschaftlich-positivistisch Verifizierbaren, der Eindeutigkeit von Logik und Berechnungen unterwirft und das Unberechenbare und somit Unkontrollierbare aus seinem Leben verbannt, um letzten Endes seinen Stellenwert als Krone der Schöpfung zu verfechten. Die letzten Jahre und Wochen haben aber gezeigt, wie der Zufall durch Krisen wie Terrorismus oder Pandemie seinen gebührenden Platz in der menschlichen Existenz zurückerobert und den Menschen in seiner Wehr- und Hilflosigkeit in einen erneuten Angstzustand versetzt hat. Wurde anhand des Dschihadismus veranschaulicht, wie der eigentliche Terror nicht durch konkrete Missetaten an sich ausgeübt wird, sondern durch die Möglichkeit, plötzlich und unerwartet, eben durch Zufall zum Opfer zu werden, so soll im Folgenden das Phänomen der Pandemie, des „unsichtbaren Feindes“, diese These veranschaulichen und bekräftigen.

Pandemie – der unsichtbare Feind par excellence

Ein zweites Übel, das neben dem Terrorismus unsere Gesellschaft in den letzten Monaten heimgesucht hat, ist die

COVID-19-Pandemie, deren Angstpotential auf ähnlichen Ursachen gründet wie denen des Dschihadismus: Zum einen kennzeichnet sich die Pandemie durch die Wahllosigkeit ihrer Opfer; auch wenn ältere oder kranke Menschen eher zur Risikogruppe gehören, so ist dennoch kein einziges Individuum per se und mit hundertprozentiger Sicherheit vor den Konsequenzen einer Infektion geschützt. Strenge Rationalität und Logik (wenn ich X tue, trifft Y nicht ein) sind außer Kraft gesetzt. Zum anderen schüchtert dieser Feind seine potentiellen Opfer noch „deutlicher“ mit seiner Unsichtbarkeit und Anonymität ein: Während die terroristische Gewalt auf einzelne Individuen, die diese „dynamisieren“, d. h. in die Tat umsetzen, beschränkt bleibt, weitet sich hier das Aggressionspotential auf eine breite Masse, letztlich auf die Bevölkerung insgesamt aus; hinzu kommt der Multiplikationsfaktor. Der pandemische Feind ist in seiner mikroskopischen „Größe“ vollkommen unsichtbar und kann sich auf schnellstem Weg multiplizieren, d. h. verbreiten, so dass sich die Zahl der Feinde bis ins Unüberschaubare steigern kann. Ferner kann der Feind nicht identifiziert werden, weil er über keine Erkennungsmerkmale verfügt: Jeder, Alt und Jung, Frau und Mann, Individuum mit Symptomen oder ohne Symptome,

vermag eine Gefahr darzustellen. Insofern fällt der Mensch wiederum dem Zufall zum Opfer, von dem er terrorisiert wird, weil er auf seine bewährten rationalen Schutzmaßnahmen (Berechnung, Gesetzmäßigkeit, Vorhersage usw.) nicht zurückgreifen kann. Insofern ist es notwendig, die Reaktionen auf die Pandemie sowie die Vorkehrungen gegenüber dem Übel genauer zu prüfen, beweisen diese doch, dass der aufgeklärte Mensch auf eine ganz ihm typische Weise die Kontrolle zu bewahren versucht: nämlich dadurch, dass er alles daran setzt, dem Zufallsprinzip dessen Macht streitig zu machen, die objektlose Angst in objektbezogene Furcht zu verwandeln und die Opposition zwischen Gut und Böse wiederherzustellen.

Gegen den Zufall agieren zunächst Verschwörungstheorien, die es erlauben, den unsichtbaren Feind zu konkretisieren, das zu bekämpfende Böse zu definieren und schließlich jemandem die Verantwortung zu übertragen und die Schuld zuzuweisen. Diese Mechanismen vermitteln den Eindruck, die Kontrolle zurückzugewinnen, sowie ein Gefühl der Sicherheit. Wer ist schuld an der COVID-19-Pandemie? – In der ZDF-Sendung *Brisant* wurden die gängigen Mythen aufgelistet: „Mythos 1: Das Coronavirus ist harmlos. Mythos 2: Das Coronavirus ist eine Biowaffe und stammt aus einem Labor. Mythos 3: Es soll eine neue Weltordnung geschaffen werden. Mythos 4: Bill Gates will die Menschheit zwangsimpfen und überwachen. Mythos 5: 5G verbreitet das Coronavirus.“¹ Abgesehen vom Mythos 1 beinhalten die anderen eine Verschwörungstheorie, die uns erlaubt, das aktuelle Phänomen zu „verstehen“, auf einen Grund zurück-

zuführen und somit Strategien zu entwickeln, um sich dagegen zu wehren. Verschwörungstheorien rehabilitieren das beliebte Kausalitätsprinzip, das uns durch den Satz vom Grund – „nichts ist ohne Grund“ – die Welt wieder verständlich und kontrollierbar erscheinen lässt. Roland Imhoffs Bemerkung über Naturkatastrophen und Finanzkrisen trifft ebenfalls auf die Pandemie-Krise zu: „Wir sind danach bestrebt, die Welt zu verstehen, und wenn irgendetwas passiert, und womöglich noch etwas Negatives von beträchtlicher Reichweite – ein Erdbeben, ein Finanzcrash – dann sind wir bestrebt, eine Erklärung dazu zu finden, weil das uns erlaubt, in einem Modell zu bleiben, wo die Welt vorhersehbar und damit zumindest potentiell auch kontrollierbar ist.“² Ferner entwerfen Verschwörungstheorien wiederum ein konkretes Feindbild, das als „Objekt“ bekämpft werden kann und somit die Angst auf Furcht reduziert. So schreiben Muriel Kalisch und Patrick Stotz zu Recht: „In Zeiten großer Unsicherheit boomen Verschwörungstheorien, denn sie strukturieren die Welt – es gibt einen klaren Feind, den es zu bekämpfen gilt.“³

Ein weiterer krampfhafter Versuch, den Zufallsfaktor einer Pandemie zu eliminieren, ist, wie Katja Belousova es in Bezug auf die Verschwörungstheorien nennt, die „Infodemie“, für die die Coronakrise zum perfekten Nährboden werde.⁴ Der Überfluss an Informationen seit dem Auftauchen des Coronavirus bleibt höchst ambivalent: Wohlwollend und belobigend dürfen wir als Bürgerinnen und Bürger sowohl unseren Regierenden als auch der vierten Macht, der Presse, für die regelmäßigen und teilweise detaillierten Informationen über den Verlauf der Krise danken. Andererseits drängt sich aber die Frage nach Sinn und Zweck dieser Informationsdichte, die sich am besten anhand des Phänomens des „Livetickers“ veranschaulichen lässt, auf. Im Liveticker erfahren wir im Minutentakt: aus der Abgeordnetenversammlung, wie es um unsere Nation steht; aus dem Krisengebiet, wie es um die Befreiung von Geiseln steht; aus dem Wetterstudio, wie sich der Orkan entwickelt usw. Liveticker erinnern an expressionistische Gedichte, die uns durch ihre apokalyptischen Eindrücke,



Gegen den Zufall agieren zunächst Verschwörungstheorien, die es erlauben, den unsichtbaren Feind zu konkretisieren, das zu bekämpfende Böse zu definieren und schließlich jemandem die Verantwortung zu übertragen und die Schuld zuzuweisen: Bill Gates wolle beispielsweise die Menschheit zwangsimpfen und überwachen lassen.
(Quelle: www.handelsblatt.com)

Momentaufnahmen und ihre „Reizüberflutung“ faszinieren. Im Liveticker unseres nationalen Presseorgans erfahren wir systematisch, wieviele Menschen infiziert, hospitalisiert bzw. der Krankheit erlegen sind. Cui bono? Pessimistische Botschaften werden schlagartig von optimistischen verdrängt. Cui bono? Hat sich die Lage oder hat sich die Rhetorik geändert? Widersprüchliche wissenschaftliche Erkenntnisse (Gibt es Ansteckungsgefahr durch Kinder oder nicht? Schützt die Maske oder nicht?) lösen sich gegenseitig ab. Cui bono?

„Infodemie“ – ein Versuch, den Zufall zu bannen

Man kann sich wiederum des Eindrucks nicht erwehren, der aufgeklärte Mensch greife auf seine wissenschaftlichen „Erkenntnisse“ zurück, um das Unkontrollierbare zu kontrollieren und um Sicherheiten in unsicheren Zeiten zu finden. Ferner scheint es darum zu gehen, mit Hilfe von Informationen und Mitteilungen teils objektlose Angst zu schüren (damit auch jeder sich verantwortungsbewusst benehme) teils objektgebundene Furcht (jetzt sind wir imstande, etwas Konkretes zu unternehmen) zu pflegen: Panikmache und Banalisierung gehen zum Teil Hand in Hand. Die „Infodemie“ scheint aber vor allem einen Versuch darzustellen, qua Positivismus und Verwissenschaftlichung den Zufall zu bannen. Statistik und Liveticker erlauben ein vermeintlich wissenschaftliches (Wir kennen die Lage, haben sie rational erfasst) und mathematisches Entgegenwirken.

Wie bereits oben erwähnt, kennzeichnet sich der Feind in der Pandemie durch seine Unsichtbarkeit bzw. durch seine Gesichtslosigkeit. Interessant scheint hier vor allem der psychologische Effekt der „Gesichtsmasken“ zu sein. „Sicherlich“ darf man davon ausgehen, dass diese Masken vor Infektionen schützen, auch wenn die Theorien wiederum vielfältig sind. Auf psychologischer Ebene erlauben sie aber vor allem, den Feind zu konkretisieren, ein Feindbild zu konstruieren. Angst empfindet der Mensch vor allem vor der Unberechenbarkeit und der Zufallsquote bei Infektionen sowie vor der Unfähigkeit, den Gegner zu erkennen und sich somit vor ihm zu wehren. Dadurch, dass ein Jeder dazu verpflichtet wird, eine Maske zu tragen, erhält das unsichtbare Virus konkrete, erkennbare Züge und vermittelt das Gefühl, etwas aktiv dagegen unternehmen zu können. Es wäre übertrieben, in jedem maskierten Mitbürger einen „Feind“ zu sehen, doch bei näherer Betrachtung ist dies doch, in abgeschwächter und weniger dramatischer Form, der Fall: Die Maske signalisiert Gefahr und löst somit eine Abwehrreaktion aus. Auf Umwegen wird das Kausalitätsprinzip wiederhergestellt: Wenn ich mich von X fernhalte, bleibe ich gesund... Der uns terrorisierende Zufall wird somit abgeschwächt.

Exkurs:

Sympathisieren mit dem Zufall

In der Regel neigt der Mensch dazu, alles zu planen und zu berechnen, zu strukturieren und zu organisieren. Werden ihm diese rationalen Mittel genommen, fühlt er sich dem Zufall ausgeliefert. Eine Ausnahme scheint es jedoch zu geben, und zwar bei der Frage, wer überleben sollte: Dann sympathisiert er mit der ausgleichenden Gerechtigkeit, die nur durch den Zufall gewährleistet wird, weil der Zufall gleichgültig ist, keine Moral kennt.

In einer US-amerikanischen Studie über Pandemie Krisen wurde im Jahr 2009 u. a. folgendes Krisenszenario in Seattle entwickelt:

„Critically ill patients are flooding the emergency department at General Hospital during the peak of an influenza pandemic. The Intensive Care Unit (ICU), where the most ill patients get treatment, is full. [...] The hospital staff have exhausted all of their options and have stretched all medical resources and staff to their limits. The first five of these patients to arrive have severe cases of the flu and need life-saving care in the ICU. If they can get care in the ICU, they all have an equal likelihood of surviving. If not, they will most likely die.“⁵

Lediglich zwei Patienten können behandelt werden, und die Probanden der Studie werden dazu aufgefordert zu entscheiden, wer von diesen fünf letztlich gerettet werden soll. Um diese Auswahl treffen zu können, werden die Patienten beschrieben: Patient A ist ein fünfzehnjähriger männlicher Gymnasialschüler; Patient B ein 34-jähriger Koch mit Migrationshintergrund, Vater von drei Kindern, ohne Krankenversicherung; Patient C ein 23-jähriger männlicher, lediger und kinderloser Polizeibeamter; Patient D eine 58-jährige Krankenschwester, die während der Krankenpflege infiziert wurde; Patient E eine 78-jährige Rentnerin, die sich zu Hause um ihren an Alzheimer erkrankten Ehemann kümmern muss. Greifen wir bei dieser Entscheidung auf Logik und Rationalität zurück, so kommt es zu einer Hierarchisierung der „pflegewürdigen“ Personen, noch zweifelhafter, zu einer Entscheidung, welches Leben lebenswerter ist: das Leben eines jungen Menschen, eines in der Gesellschaft nützlichen Menschen (Wer bestimmt, wer nützlich ist? Was bedeutet „nützlich“?); ist ein Familienvater lebenswerter als ein kinderloser Mann? Soll ein älterer Mensch eher sterben als ein junger, da er das Leben quasi hat vollends ausschöpfen können und da dessen Lebenszeit sowieso absehbar ist? – Das ethische Dilemma kann nicht gelöst werden, ohne der Gefahr zu unterliegen, gottähnlich und anmaßend über Leben und Tod zu entscheiden.

In Bezug auf diese Studie verweist Frédérique Leichter-Flack in ihrem Werk *Qui vivra qui mourra. Quand on ne peut pas sauver tout le monde* auf den Spielfilm *Contagion*, der auf erschreckend realistische Weise eine weltweite Pandemiekrise darstellt. Nachdem man ein Impfmittel gefunden hat, entscheidet die US-amerikanische Regierung, der Bevölkerung per Losverfahren, also per Zufallstreffer das noch quantitativ begrenzte Impfmittel zu verabreichen. Im Losverfahren erkennt die Autorin zum einen „l'égalité absolue de toutes les vies en concurrence“ sowie „le rétablissement de l'égalité des chances“⁶, zum anderen stellt sie einen Bezug zu unserem demokratischen Denken her:

„Mais le tirage au sort entre aussi en résonance avec le concept même de démocratie. En distribuant les chances selon le hasard, comme c'est déjà le cas pour les risques de contracter le virus mortel, le dispositif prend au sérieux le fait qu'en démocratie, toutes les vies se valent, aucune n'a plus de valeur qu'une autre aux yeux de l'État...“⁷

Wenn es also um das Wichtigste geht, was einen Menschen betrifft und berührt, nämlich sein Überleben, verzichtet er auf logische Schlussfolgerungen, rationale Urteilskraft und bevorzugt es, auf das Prinzip zurückzugreifen, ja dasjenige Prinzip zu akzeptieren, das ihn in der Regel in Angst und Schrecken versetzt, das eigentlich bekämpft werden soll, nämlich den unberechenbaren Zufall.



Eine weiterer krampfhafter Versuch, den Zufallsfaktor einer Pandemie zu eliminieren, ist, wie Katja Belousova es in Bezug auf die Verschwörungstheorien nennt, die „Infodemie“, für die die Coronakrise zum perfekten Nährboden werde. (Quelle: www.socialmediawatchblog.de)

Der Zufall als eigentlicher Terror

Wie das gerade beschriebene Beispiel zeigt, bleiben wir letzten Endes, wie so oft wenn es um Menschliches, Allzumenschliches geht, im Widerspruch gefangen, denn der Terror bzw. die Angst vor dem neuen unsichtbaren Feind ist nichts anderes als der Terror des aufgeklärten Menschen vor der Konkretisierung einer abstrakten Größe, der Terror, der durch eine Aporie heraufbeschworen wird: Das Unsichtbare, Unberechenbare wird im Prinzip des Zufalls materialisiert bzw. „sichtbar“ – wir sehen ihn nicht, aber wir fühlen ihn.

Der Mensch wird auf die Angst als Grundbedinglichkeit zurückgeworfen, und das latente existentielle Unbehagen, das jeden Menschen hier und da bedrängt, wird ebenfalls in den Zeiten, wo der Zufall „konkreter“ herrscht, bewusster und intensiver. Nicht der konkrete Tod durch einen Bombenanschlag oder durch eine Vireninfektion versetzt uns in Angst und Schrecken, sondern die Hilflo-

sigkeit, Schutzlosigkeit, Unberechenbarkeit und Unsichtbarkeit dieses eigentlich abwesenden Feindes. Der eigentliche Terror wird durch den Zufall ausgeübt. Terror oder Horror herrschen heutzutage vor, weil keine Furcht, keine wirkliche (im Sinne von „wirken“) Reaktion, keine einen sicheren Erfolg gewährleistende Strategie und Bekämpfung mehr möglich sind, da der Feind aus dem Hinterhalt angreift. Somit verfolgt alles, was der Mensch unternimmt, vor allem ein Ziel, nämlich das Zufallsprinzip mit zum Teil konstruierten Feindbildern und mit rationalen Fähigkeiten zu schwächen, die Angst letzten Endes wieder auf eine banale Furcht zu reduzieren. Eine etwas bittere Ironie setzt sich bei der Bewusstwerdung durch, dass sich gerade die Krone (lateinisch „corona“) der Schöpfung trotz ihrer Rationalität und wissenschaftlichen Errungenschaften ihre Machtlosigkeit gegenüber dem archaischen Prinzip des Zufalls durch ein Virus namens Corona eingestehen muss.

Claude Heiser



Auf psychologischer Ebene erlauben die Masken, den Feind zu konkretisieren, ein Feindbild zu konstruieren.

¹ Brisant: Die verrücktesten Corona-Verschwörungstheorien – Darum sind sie falsch (11.5.2020), in: mdr.de, zuletzt eingesehen am 14.6.2020.

² Zit. n. Eva Götz-Laufenberg: Verschwörungstheoretiker bekämpfen den Zufall, in: deutschlandfunk.de (26.1.2017), zuletzt eingesehen am 14.6.2020.

³ Muriel Kalisch / Patrick Stotz: Hinter der Verschwörung. Corona-Videos auf Youtube, in: spiegel.de, 21.5.2020, zuletzt eingesehen am 14.6.2020.

⁴ Vgl. Katja Belousova: Fünf Gründe. Warum Corona Verschwörungstheorien befeuert,

in: zdf.de (15.5.2020), zuletzt eingesehen am 14.6.2020.

⁵ Health Care Decisions in Disasters. Public Engagement Project on Medical Service Prioritization During an Influenza Pandemic. Final Report. September 29, 2009. Appendix I, S. 46.

⁶ Frédérique Leichter-Flack: Qui vivra qui mourra. Quand on ne peut pas sauver tout le monde, Paris 2015, S. 127f.

⁷ Ebd., S. 129.

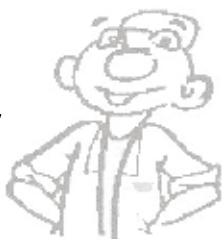
Viandes fraîches
Gibier - Volaille
Charcuteries
Salaisons

A[®]WIETOR

VIANDES EN GROS

www.wietor.lu

19A, rue de Haller
L-6312 Beaufort
Tél : 83 64 85-1
Fax : 86 90 87
e-mail : wietor@internet.lu



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS (Attention: nouvelles heures d'ouverture!)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Werden Sie noch heute Mitglied!

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

Demande d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

PRIMUS HOME & Partners

Kauf, Verkauf, Vermietung und mehr...

Professionelle und adäquate
Immobilienbewertung

Kurze Mandatsdauer ohne
automatische Verlängerung

Zusammenarbeit mit sämtlichen
Immobilienagenturen



NEU!

One-Stop Shop
im Immobilienbereich

Ein Ansprechpartner für alle
Projekte rund um die Immobilie

Kostenlose Vermittlung innerhalb
unseres Netzwerkes

Exklusiv für CGFP-Mitglieder:

- 2,5% Honorarkosten
- kostenlose Immobilienbewertung
in Zusammenarbeit
mit einem beglaubigten Baugutachter

PRIMUS HOME & Partners • Christian Eilert

(+352) 26 67 22 86 • (+352) 621 29 79 59
info@primushome.lu • www.primushome.lu



LUX VOYAGES

Die schönsten Wanderungen auf dem **JAKOBSWEG** in **NORDSPANIEN** erleben

Urlaub im Kloster und Pilgern auf dem Jakobsweg liegen im Trend. Es geht darum, die Langsamkeit neu zu entdecken, zum Teil in besinnlich anmutenden Hotels und auf ausgewählten Wanderungen zu Fuß. Zwischen Nordspaniens Kunstleckerbissen liegen Kastiliens weite Ebenen, Steineichenwälder, Weinberge, Bergpässe und die grünen Hügel und Atlantikbuchten Galiciens – demnach traumhafte Wanderkulissen. Bei Mönchschorälen, einem Picknick im Schatten alter Mauern, einer Weinprobe, Dudelsackklängen und der Pilgermesse in Santiago kommen Sie mit allen Sinnen im Land des heiligen Jakobus an.



Reisepreis: ab 2.695 € pro Person im Doppelzimmer,

- Bahnreise zum/vom Abflugsort in der 1. Klasse (ab Luxemburg)
- Linienflug mit Lufthansa von Frankfurt nach Bilbao und zurück von Santiago de Compostela
- Sitzplatzreservierung
- leichte Wanderungen (insgesamt 24 Stunden)
- Transfers und Rundreise in bequemem Reisebus
- 13 Übernachtungen im Doppelzimmer in guten Hotels, in Leyre in einem einfachen Klosterhotel
- Frühstück, jeweils ein Mittag- und ein Abendessen in einem Restaurant, 6 Abendessen im Hotel, 3 Abendessen in einem Kloster sowie ein Picknick
- speziell qualifizierte Studiosus-Reiseleitung
- örtliche Führer
- Eintrittsgelder
- Infopakete und Reiseliteratur

Studiosus

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Studiosus-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu





fonction publique Spécial Living

Mettez de la couleur dans votre habitation... et dans votre vie !



Le moment est venu de revoir la couleur des murs du salon, de la chambre ou de la cuisine, pour y injecter de la nouveauté et découvrir vos pièces sous un angle nouveau.

Couleurs froides et sourdes

Le retour des couleurs froides et sourdes est confirmé. Mais que les inconditionnels des teintes chaudes se rassurent : le terracotta reste indémodable et apporte une agréable dose de chaleur à nos habitations.

Les 5 couleurs phares du moment

Élu « couleur de l'année » aux États-Unis, le « Classic Blue » joue la carte de l'intemporalité. Son élégance lui confère un statut d'icône, intense et apaisante.

Mais le « Classic Blue » est à utiliser avec modération, par exemple pour mettre en évidence un seul pan de mur.

Sous ses innombrables nuances, le vert reste une valeur sûre, encore renforcée par le fait que chacun veut se rapprocher de la nature. Cette teinte végétale confirme la tendance au « green power ». Son avantage : le vert offre une vaste palette de nuances aptes à faire notre bonheur dans toutes les pièces de l'habitation.

Pour être à la pointe de la déco « trendy », le noir est incontournable, surtout dans les cuisines et salles de bains. Malgré son apparente austérité, le noir est cohérent avec la tendance « less is more ». Intemporel, il s'adapte à tous les styles, du plus classique au plus contemporain.

Souvent qualifié de girly, le rose tendre a la cote ! Loin d'être fade, il est plus actuel que jamais et peut être jumelé à des teintes franches pour créer une ambiance ultra-contemporaine et jouer la carte de l'originalité. Combiné à des teintes discrètes, il trouve sa place dans un petit salon ou une chambre.

Entre gris et vert, le bleu-gris joue la triple carte de l'élégance, de la douceur et de la fraîcheur.

Cette teinte souvent inattendue, polyvalente bien que minérale, évolue en fonction des couleurs auxquelles elle est associée : joyeuse et dynamique avec du jaune, réconfortante avec des tons neutres, rafraîchissante avec un bleu franc...

Äre Partner fir schlësselfäerdeg Renovatiounen



renovatioun.lu
är Renovatioun ass eis Passioun

www.renovatioun.lu

Tel : 288 308



AGENCE IMMOBILIÈRE TOUSSAINT Abby

Achats | Ventes | Locations | Gestions | Conseils

Estimations gratuites

Vous avez un bien à vendre ou à louer ?

Alors profitez de :

- ✓ Notre expertise de plus que 40 ans sur le marché luxembourgeois
- ✓ La meilleure visibilité pour votre bien
- ✓ Les professionnels du métier à votre écoute
- ✓ Un service honnête et approuvé par des milliers de clients depuis 1979
- ✓ Camionnette gratuite pour votre déménagement
- ✓ Pas de passeport énergétique ?
Pas de problème, nous nous en occupons!



ACTION:

SUPPORT YOUR CLUB

Nous vous **remercions de votre confiance** en versant **pour tout nouveau mandat un bonus** à une association sportive, culturelle ou humanitaire **de votre choix ! ***

Contactez-nous pour en discuter lors de la visite du bien que vous souhaitez nous confier,
sans engagement de votre part !

*action soumise à conditions



Mir schwätzen
Lëtzebuergesch



Nous parlons
Français



We speak
English



Wir sprechen
Deutsch



Parliamo
Italiano



Falamos
Português

23A, rue Nicolas Welter L-7570 Mersch
105 Grand-Rue L-9057 Ettelbruck

Tel : 32 81 73 - 1
Fax: 32 78 72

www.confiance.lu
info@confiance.lu



Spécial Living

Aménager sa maison façon feng shui



Pratique chinoise ancestrale, le feng shui est très prisé par les Occidentaux en quête d'une vie plus zen. Mêlant croyances, divinations, traditions et beaucoup de bon sens, le feng shui considère qu'une circulation fluide de l'énergie dans

l'univers nous permet de vivre en harmonie avec l'environnement terrestre. La pratique du feng shui augmente nos chances de réussite et d'équilibre dans d'innombrables domaines de notre vie.

Quelques règles d'aménagement

Un bon feng shui respecte les règles d'aménagement des pièces de l'habitation. Il permet d'établir des relations harmonieuses, d'entretenir une bonne santé et d'attirer la prospérité dans le foyer. Un mauvais feng shui aura l'effet inverse, apportant le malheur à la maison.

Cinq éléments

Un bon positionnement feng shui à la maison tient compte des 5 éléments : le bois (symbole de la croissance et du printemps, tourné vers l'Est et associé au vert), le feu (symbole du Yang et de l'été, associé au Sud et au rouge), la terre (située au centre avec sa couleur jaune), le métal (symbole du travail et de l'automne, assimilé à l'Ouest et au blanc) et l'eau (symbole du Yin et de l'hiver, associé au Nord et au noir). Il respecte un équilibre entre le Yin et le Yang.

Chaque pièce a sa propre symbolique et doit respecter une organisation particulière : une bonne orientation des meubles, la présence ou l'absence de certains objets, de plantes vertes, le choix

d'une couleur... sont autant d'éléments qui participent à la bonne circulation des énergies.

Les plantes, la lumière

Les fleurs et plantes ont leurs propriétés spécifiques. Certaines peuvent être bénéfiques alors que d'autres sont toxiques. Pour bien choisir les végétaux et profiter de leurs vertus, il faut se renseigner sur leurs pouvoirs selon l'effet recherché : plantes assainissantes, relaxantes, vitalisantes... Symboles d'une nature généreuse, les fleurs influent positivement sur le bien-être des occupants de la maison. Orchidées, bambous... sont à privilégier, contrairement aux fleurs séchées, aux fleurs à épines et aux cactus.

Quelque soit la pièce de la maison, plusieurs sources d'éclairage sont à privilégier : des éclairages doux bien répartis de manière à avoir une pièce parfaitement illuminée, sans zone d'ombre, avec des ambiances différentes.

Les miroirs, les images

Les miroirs stoppent les énergies néfastes, sont utiles pour agrandir



Residenz «Émeraude»
zu Lëntgen



Haus zu Miersch
«Mierscherberg II»



Haus zu Schëtter
«Auf dem Kalk»



TERRAINEN
APPARTEMENTER
HAISER

A.E.: 00137028/0



**AREND &
FISCHBACH**
PROMOTION IMMOBILIERE



MAISONS LOGINTER

14, rue de la Gare
L-7535 Mersch
T. 32 75 76

arend-fischbach.lu

Votre distributeur à valeur ajoutée

visitez nos showrooms
à Ehlerange



www.zenner.lu

AUDIO-VIDEO TECHNIK
SYSTÈMES AUDIO-VIDÉO



BELEUCHTUNGSTECHNIK
ÉCLAIRAGE



ELEKTROINSTALLATIONSTECHNIK
SYSTÈMES ÉLECTRIQUES



GEBÄUDESYSTEMTECHNIK
SYSTÈMES DOMOTIQUES



NETZWERKTECHNIK
RÉSEAUX INFORMATIQUES



SICHERHEITSTECHNIK
SYSTÈMES DE SÉCURITÉ



marco zenner
MATERIEL ELECTRIQUE & INFORMATIQUE
ECLAIRAGE ARCHITECTURAL & TECHNIQUE

marco zenner s.à r.l.
2b, Z.I. Zare Est
L-4385 Ehlerange
G.-D. de Luxembourg

Tél: 44 15 44-1 | Fax: 45 57 73
E-mail: contact@zenner.lu
Internet: www.zenner.lu
www.smarthouse.lu

Spécial Living

visuellement une pièce et captent les bonnes énergies (un beau paysage extérieur, la lumière...). Quant aux images que nous aimons et qui évoquent de beaux souvenirs, elles sont les bienvenues dans une maison feng shui. Mais uniquement dans la mesure où elles sont chargées d'énergie positive.

Des couleurs qui ont une charge symbolique

Les couleurs ont un impact direct sur notre humeur et notre environnement. Réparties en couleurs Yin (douces et apaisantes, elles sont utilisées dans les pièces de repos et de détente : chambre, bibliothèque...) et couleurs Yang (vives et dynamisantes, réservées aux pièces d'accueil et d'activité): elles sont opposées et complémentaires. Il faut les équilibrer pour aboutir au bien-être et à la sérénité. L'important est de choisir les couleurs en fonction de l'ambiance recherchée. Voici quelques exemples :

- Le rouge est associé au feu et symbolise la prospérité, le dynamisme et l'amour. En excès, il peut provoquer nervosité et excitation. Cette couleur convient au salon et au bureau ;
- Plus doux, le rose est apaisant et atténue la mauvaise humeur. Il est très approprié pour une
- L'orange favorise l'amitié, le changement et la créativité. Couleur stimulante et antidépressive, elle est adaptée aux chambres d'enfants, salons, cuisines et entrées ;
- Le bleu est associé à l'élément eau. C'est la couleur de l'âme, de la sérénité et de la sagesse. Le bleu favorise réflexion et méditation. Il est souvent choisi pour la salle de bains ou le bureau ;
- Le violet représente l'équilibre parfait entre le rouge et le bleu, entre le Yin et le Yang. C'est la couleur de l'intuition et de la spiritualité, qui stimule l'intellect. Le violet est donc idéal pour le bureau ;
- Le vert symbolise la jeunesse, la croissance, la santé et l'harmonie. Apaisant, favorisant créativité et concentration, le vert convient parfaitement à un bureau ou à une cuisine ;
- Le jaune est une couleur solaire qui encourage les échanges et la communication. Cette couleur de calme et de joie s'intègre à merveille dans la chambre d'enfant ou le séjour ;
- Le gris est associé à l'élément métal. Favorisant la concentration, il est associé au bureau.

salle de bains ou une chambre à coucher ;



-  schlüsselfertiger Massivhausbau
-  Residenzen
-  Fliesenarbeiten
-  Außenanlagen
-  Renovierungen



ROMABAU

kreativ
individuell planen
bauen – wohnen
innovativ
& **sicher**






MADE IN LUXEMBOURG

ENERGIE FIR D'ZUKUNFT



6, Beelerstrooss
L-9991 Weiswampach

Tél.: 26 95 78 18
Fax: 26 95 78 28

info@romabau.com
www.romabau.com

CHEZ SOI. DANS SON LOGEMENT. DANS SA BANQUE.

Prêt Logement
Frais de dossier OFFERTS
jusqu'au
31 octobre 2020

**NOUS SOMMES UNE
BANQUE COOPÉRATIVE.
POUR NOUS,
VOUS ÊTES BIEN
PLUS QU'UN CLIENT**

Conseils personnalisés.
Financement sur mesure.
Ensemble, faisons avancer
votre projet.
Pour plus d'informations,
rendez vous sur raiffeisen.lu

**LA BANQUE QUI APPARTIENT
À SES MEMBRES**

 **Raiffeisen**

Banque Raiffeisen, société coopérative



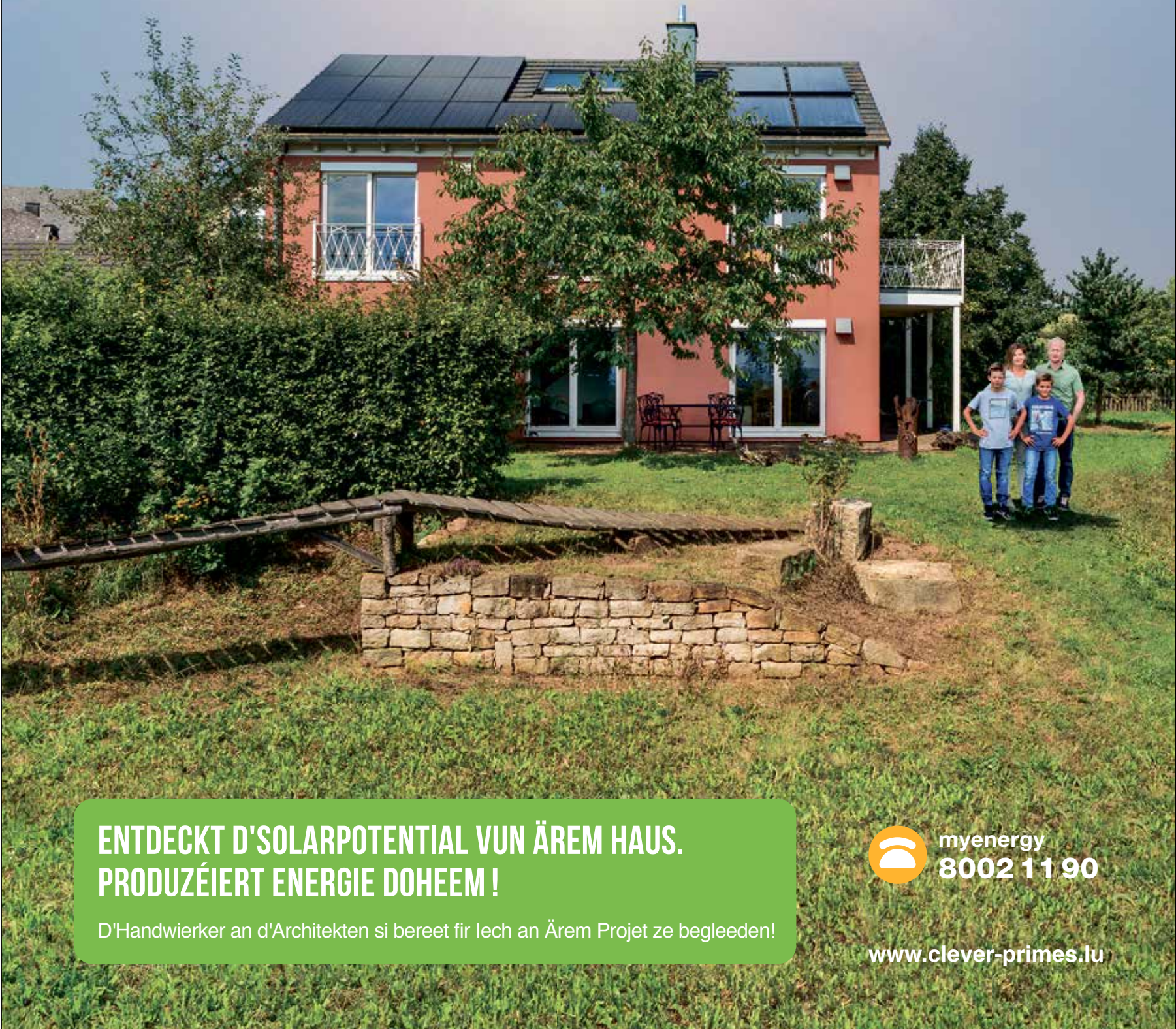
LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG



NEISTART
LËTZEBUERG

CLEVER SOLAR

*e Spuerbuch
um Daach*



**ENTDECKT D'SOLARPOTENTIAL VUN ÄREM HAUS.
PRODUZÉIERT ENERGIE DOHEEM !**

D'Handwierker an d'Architekten si bereet fir Iech an Ärem Projet ze begleeden!



myenergy
8002 11 90

www.clever-primes.lu

Am Partenariat mat :



Spécial Living

Plantes d'intérieur : Tous les plaisirs du jardin dans sa maison ou son appartement



Le jardinage a de plus en plus d'adeptes. Mais tout le monde n'a pas la chance de posséder un lopin de terre pour y faire pousser fleurs, plantes vertes, légumes ou herbes aromatiques. Qu'importe ! Il est possible de profiter de (presque) toutes les joies du jardinage à l'intérieur de sa maison ou de son appartement. Vive les plantes d'intérieur !

De la verdure et du bien-être

Les plantes d'intérieur et mini-potagers sont aujourd'hui très en vogue. Garant du bien-être, ils permettent de purifier l'air de l'habi-

tation et de satisfaire partiellement les besoins alimentaires en fruits ou légumes. Mais inviter la verdure dans tous les recoins de la maison est aussi une forte tendance décorative. Désormais, aucune pièce n'y échappe : la nature s'invite partout à l'intérieur de nos habitations. L'idée est de créer un environnement apaisant, surtout dans les espaces urbains déconnectés de la campagne et de la nature. C'est d'autant plus important que nous passons 75 % de notre temps à l'intérieur, que ce soit au bureau ou à la maison.

Des paramètres importants

Avant de se laisser tenter par les richesses des jardinerie, il est important de bien déterminer les principaux paramètres de l'habitation : son orientation et son exposition, son taux d'humidité ou de sécheresse, la superficie disponible pour les plantations dans chaque pièce... Sans oublier le temps que vous pouvez consacrer à vos plantations. Tous ces paramètres sont autant de critères d'achat et déterminent les types de végétaux à privilégier.

Modifier ses comportements, privilégier l'aspect ludique

Se reconnecter au monde végétal implique aussi de modifier certains comportements de consommation, notamment du point de vue alimentaire. Un potager d'intérieur permet de maîtriser partiellement sa consommation de fruits et légumes « de la terre à l'assiette », en privilégiant la culture biologique et donc une alimentation plus saine, tout en diminuant son empreinte carbone. Plus encore : avoir la chance de pouvoir observer l'évolution des végétaux est non seulement passionnant, mais revêt aussi un aspect ludique qui séduit aussi bien les adultes que les enfants qui seront ainsi mieux sensibilisés à la nature et à sa préservation.

Quelles plantes faut-il privilégier ?

Tout dépend des goûts de chacun, mais aussi des caractéristiques de chaque pièce. Certaines plantes demandent par exemple plus de lumière ou plus de chaleur que d'autres. Dans une pièce bénéficiant d'un bon ensoleillement, les plantes grasses et succulentes sont

à privilégier. Mais dans les pièces sombres, il vaut mieux choisir des végétaux qui ne craignent pas le manque de lumière : les fougères et le calathea au feuillage très graphique sont de mise. Dans une salle de bains, pièce par définition fort humide, le philodendron, le tillandsia ou le monstera se développent sans problème. Dans la cuisine, les herbes aromatiques, certains fruits et plusieurs sortes de légumes feront merveille : tomates, poivrons, citrons, aubergines, cornichons, fraises, salades (roquette, mesclun...), groseilles, avocats...



75 JOER FIR IËCH DO
MIWWEL - KICHEN - DEKO - DESIGN

**galerie
moderne**
AMEUBLEMENT GREVENMACHER

f @ gmg.lu



ICLEVER
WUNNEN
Sue
spueren

LA RÉNOVATION, C'EST MAINTENANT ! PROFITEZ DU BONUS ÉNERGÉTIQUE

Augmentation de **50 % des aides financières**
pour le conseil en énergie et la rénovation énergétique durable

+50%

Simulez votre aide financière à l'aide
de l'application  **myrenovation**

Plus d'informations et conditions :

www.clever-primes.lu

 **myenergy**
8002 11 90



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Spécial Living

Quel chauffage choisir en 2020 ?



Le chauffage est un élément essentiel de l'habitation. Les très nombreuses possibilités sont plus ou moins écologiques et économiques. Tour d'horizon...

En version électrique

Le « tout électrique » est à la mode, mais le choix des radiateurs est fondamental. Exit les vieux appareils et place aux radiateurs électriques à inertie (fluide ou sèche) qui délivrent une chaleur douce et homogène proche de celle d'un chauffage central. À fuir : les radiateurs électriques d'appoint qui

sont des bombes énergétiques. À privilégier : la pompe à chaleur air-eau qui puise les calories de l'air extérieur (énergie gratuite et inépuisable) pour les injecter dans le circuit de chauffage.

Gaz à tous les étages

Malgré des hausses de prix qui semblent inévitables, le gaz a ses inconditionnels.

Pour essayer de faire des économies, une chaudière gaz à condensation ou à micro-cogénération est indiquée, surtout si elle est accom-

pagnée d'un thermostat connecté pour gérer finement le budget « chauffage ».

Temps de passer à autre chose

Le mazout (fioul) reste populaire. Mais si votre chaudière est vieillissante (et énergivore), il est temps de passer à autre chose. Deux choix s'imposent : opter pour une chaudière mazout à condensation (pour une performance accrue et jusqu'à 40% d'économies par rapport à une chaudière vétuste) ou bien changer la source d'énergie. L'investissement est plus conséquent, mais permet de

passer à des énergies plus propres, moins chères et renouvelables.

Chauffage principal ou chauffage d'appoint ? Dans le premier cas, choisissez une chaudière bois alimentée par des bûches, des granulés ou des plaquettes de bois (certains modèles sont polycombustibles). Dans le second cas, le poêle à bûches ou à granulés reste incontournable. Bon à savoir : un insert a un rendement nettement supérieur à celui d'un feu ouvert.

Version écolo

Grâce à une sensibilisation écologique, les chauffages respectueux des ressources et de l'environnement ont la cote ! La pompe à chaleur (air-eau, air-air, sol-eau), le plancher solaire direct, le système solaire combiné, le ballon thermodynamique ou le chauffe-eau solaire sont des équipements destinés à chauffer la maison et à produire de l'eau chaude sanitaire (ECS) de manière écologique et performante, tout en augmentant le confort. Air, eau, vent, biomasse, photovoltaïque ou solaire thermique, les énergies renouvelables représentent l'avenir tout en offrant une indépendance énergétique.

Ihre Treppe
leicht hinauf
und leicht
hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu



thyssenkrupp

PARQUETS

TAPIS & LINOS

**PARTENAIRE DE VOS PROJETS
DEPUIS 1903**

Fachmarkt
Robert Steinhäuser
LEUDELANGE & INGELDORF
tél. 37 16 16 - 351
www.steinhauser.lu



NOUVELLE ADRESSE
41 Esplanade
L-9227 DIEKIRCH

Tél.: +352 87 80 71-1
Mail: info@porteszens.lu
Web www.porteszens.lu

NOS PRODUITS

- Fenêtres
- Portes et volets
- Portes de garage privé et industrielles
- Niveleurs de Quai
- Coupe-feu Portes et portes de garage
- Carports

NOS MARQUES

Zens | Novoferm | Tormatic | Siebau | Hörmann | Effertz | Alulux | Wintech | Ege | Master

Service de Réparation 24/24h



Plus d'informations et autres conditions :
www.clever-primes.lu  **myenergy**
8002 11 90



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Spécial Living

Metalica : référence du secteur de la menuiserie en aluminium

Metalica fait ses premiers pas dans l'aluminium en 1962. Au cours des années 80, les profilés en aluminium à coupe thermique apparaissent. Depuis ce succès Metalica propose sans cesse des menuiseries en aluminium toujours plus avant-gardistes grâce à son réseau de partenaires, mais surtout avec le soutien de ses ouvriers qui fabriquent sur place portes et fenêtres dans les ateliers de production situés à Esch-sur-Alzette.

Développant ses activités dans de multiples domaines (la menuiserie extérieure, la mise en œuvre de façades vitrées et métalliques, la fabrication de portes et fenêtres en aluminium et acier, le coupe-feu, ainsi que la fourniture et pose de fenêtres en PVC, PVC-alu, bois et bois-alu) la société Metalica a su diversifier son catalogue de produits depuis sa création en 1956. Pour autant, la société artisanale luxembourgeoise reste fidèle à ce qu'elle a mis en avant dès sa création : la menuiserie en aluminium. Aujourd'hui la société est fondée sur plusieurs piliers : un premier étant celui des portes et fenêtres destinées aux particuliers

via la structure Metalica-Home, le deuxième étant axé sur les façades techniques de plus grandes dimensions via Metalica s.a.. Grâce aux multiples investissements en machines et surtout au perfectionnement des compétences et des connaissances de ses collaborateurs, le groupe est capable de répondre à des marchés de plusieurs millions d'euros.

Une technicité de pointe et des coûts réduits

Plus de 100.000 mètres de profilés métalliques – Schüco, Reynaers et Jansen – sont annuellement utilisés pour la conception de châssis en aluminium ou acier dans les ateliers de fabrication.

L'aluminium permet d'apporter une touche personnelle à votre habitation. Le choix des systèmes de profilés, des coloris, des formes et dimensions, des quincailleries, des systèmes de commande, la possibilité d'ouvrants cachés, de charnières invisibles, de vitrages extérieurs collés, font de vos menuiseries des pièces uniques. Équipées de profilés à rupture de pont thermique,



les menuiseries aluminium gardent le froid et la chaleur à l'extérieur de l'habitation. Vos dépenses énergétiques sont ainsi réduites.

Faciles à entretenir, d'une longévité incomparable, les menuiseries aluminium sont entièrement recyclables. Elles sont particulièrement adaptées à l'automatisation de l'ouverture des fenêtres et des systèmes de verrouillage.

Des fenêtres aluminium pour allier esthétique et sécurité

Naturellement robustes, les fenêtres en aluminium contribuent fortement à votre tranquillité d'esprit. Avec l'aluminium, vous choisissez parmi plus de 400 teintes de laques et finitions. Ce matériau esthétique offre une grande stabilité avec un faible coefficient de dilatation. Il permet la fabrication de profilés étroits, même dans le cas de grandes portées. Avec l'aluminium vous pouvez faire le choix d'équipements résistants aux effractions. Vous bénéficiez des protections contre les risques de bris ou de chute et des systèmes coupe-feu. En plus, vous jouissez d'un grand confort acoustique.

Autant d'options qui vous permettent de conjuguer esthétique et sécurité renforcée.

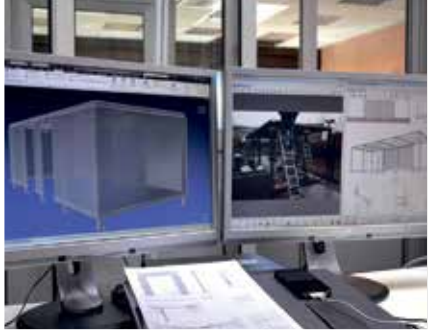
À noter

Metalica détient bon nombre de labels de qualité. Parmi eux : ESCEM, certifié ISO 9001:2015, MLQE, Made in Luxembourg, Energie fir d'Zukunft, Superdrëckskëscht, TÜV-Rheinland EN 1090 Zertifiziert...

Metalica

ÄR FËNSTERFABRIK ZU LËTZEBUERG | ZANTER 1956










Nathalie, Vincenzo, Sonia, Hugo, Ana, Manuel, Carlos, Patrick, Joao, Kevin, Uwe, Daniel, Mustapha, Zijad, Jasmine, Toni, Rui, Endy, Florian, Vivien, Virginie, Frank, Lydie, Anouk, Samuel, Pascal, Bruno, Christophe, Michel, Tun, Antony, Eddie, Paulo, David, Laurent, Denis, Eric, Frédéric, Jean-Marie, Lino, Fabien, Alexandre, Rémy, Mathieu, Noël, Fränz, Gino, Tino, Nathan, Jérôme, Uwe, Geoffrey, Anthony, Cédric...

Nos **130 collaborateurs** conçoivent, produisent et installent vos menuiseries en aluminium, ici, à **Luxembourg**.



SHOWROOM (du lundi au samedi)
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu





Dir sidd Besëtzer vun engem Terrain ?

Seid 40 Joer kafen mir Terrain'en, Lotissementer, Haies fir ze renovéieren oder fir ofzerappen an dest mat enger gratis Estimatioun vun ärem Objet.

Mir garantéieren, dass Ären Dossier:

- Fair
- Onkomplizéiert an
- Transparent ofgewéckelt get.

Ruft eis un oder scheckt eis eng Email op:
info@wiesen-piront.lu

Mir schwetzen och letzebuergesch.



CONSTRUCTEUR DE BONHEUR DEPUIS 1980

Planification individuelle
Plans adaptables selon vos besoins
Cahiers des charges personnalisables
Constructions sur mesure
Délais garantis

Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site :
www.wiesen-piront.lu
Tél : +352 333 628-1



PROJETS BIENTÔT DISPONIBLES :

- * Kreuzerbusch
- * Heisdorf
- * Nospelt
- * Steinsel
- * Bridel
- * Saeul



NOUVEAU LOTISSEMENT À STEINSEL - HEISDORF
CONSTRUCTION DE 4 RÉSIDENCES ET DE 28 MAISONS UNIFAMILIALES À BASSE ÉNERGIE.
LARGE CHOIX DE LOGEMENTS MODERNES ET DE STANDING ALLANT DU STUDIO AU PENTHOUSE.



Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site:
www.wiesen-piront.lu

Spécial Living

Neistart Lëtzebuerg : soutenir une relance économique verte et durable



Le gouvernement propose un ensemble de mesures de soutien qui a pour objectif d'encourager la rénovation énergétique durable de logements et de promouvoir les systèmes de chauffage favorisant les énergies renouvelables, d'inciter les investissements dans le photovoltaïque et de favoriser l'achat et la charge de véhicules électriques. Pour découvrir toutes les primes dont vous pouvez bénéficier, consultez la page cleverprimes.lu !

CLEVER WUNNEN - Rénover durablement

L'ensemble des mesures Neistart Lëtzebuerg vient de renforcer considérablement les aides précédemment disponibles.

L'amélioration de l'efficacité énergétique des logements, faisant déjà l'objet du programme PRIME House, bénéficie des nouvelles dispositions du programme. Les pro-



priétaires peuvent désormais profiter d'une subvention majorée de 50 % pour la rénovation énergétique durable et le conseil agréé, préalable obligatoire à l'obtention des aides PRIME House. Le renforcement des aides vaut également pour le bonus écologique, prime

supplémentaire pour certains matériaux isolants durables.

Le programme offre également une augmentation de 25 % par rapport aux primes initiales pour les installations techniques favorisant les énergies renouvelables

ainsi qu'une extension du bonus pour le remplacement d'une chaudière alimentée en combustible fossile. Toute demande d'accord de principe passée avant le 31 mars 2021 permettra de profiter de ces avantages (la facture pouvant être établie jusqu'au 31 décembre 2022).

B&B
ITALIA



design Mario Bellini - www.bebitalia.com

Sichel HOME
34, Rangwee
L-2412 Luxembourg-Howald
T. +352 / 50 47 48
Info@sichel.lu

camaleonda
dieci, cento modi di vivere

Spécial Living

CLEVER SOLAR - Miser sur le soleil

L'investissement dans les énergies renouvelables est également une priorité du programme de relance. À cet égard, le gouvernement entend miser sur le solaire et propose la prolongation de la tarification actuelle jusqu'au 31 mars 2021 ainsi que de nouvelles tarifications avantageuses pour les installations photovoltaïques moyennes. Cet ensemble de mesures s'adresse à la fois aux particuliers, aux collectivités et aux entreprises. Nouveauté : l'aménagement d'installations dites « moyennes » (de 30 à 200 kW) ne sera plus réservé aux collectivités ou à la société civile mais ouvert aux ménages et aux entreprises. Pour accompagner ces mesures, myenergy a développé un cadastre solaire national consultable sur geoportail.lu. Il s'agit d'un outil de planification de projets photovoltaïques et d'évaluation du potentiel solaire de chaque bâtiment. Il fournit également une première estimation de la puissance de l'installation qui pourrait être aménagée sur une toiture.

CLEVER FUEREN - Rouler écoresponsable

Le régime des primes pour les véhicules individuels à zéro ou faibles émissions est lui aussi renforcé.

Pour toute voiture électrique commandée entre le 11 mai 2020 et le 31 mars 2021, l'acquéreur pourra bénéficier d'une prime allant jusqu'à 8.000 €. Les conducteurs de véhicules légers, comme les scooters, profiteront d'une subvention pouvant s'élever jusqu'à 1.000 € pour l'achat d'un modèle électrique. Enfin, la bicyclette (conventionnelle ou pedelec25) fait l'objet d'une prime jusqu'à 600 €.

CLEVER LUEDEN - Charger malin

En complément des primes favorisant le passage au véhicule électrique, le gouvernement soutient également l'installation de bornes de charge privées. Vous pouvez dorénavant bénéficier d'une prime s'élevant à 50 % du prix d'acquisition et allant jusqu'à 1.200 € pour l'installation d'une borne de charge intelligente privée en maison unifamiliale (1-3 emplacements) et jusqu'à 1.650 € pour l'installation d'une borne de charge intelligente privée en copropriété (≥ 4 emplacements).

Pour tout renseignement supplémentaire, contactez vos conseillers myenergy !

 **8002 11 90**

myenergy.lu

Luxembourg 26 44 13 88 | Diekirch 26 81 13 99 | Mersch 26 64 08 | b-immobilier.lu | 



Consultez tous nos objets sur b-immobilier.lu

Maisons, appartements, terrains, bureaux, parkings, locaux commerciaux ...

 **B IMMOBILIER**
BINGEN & ASSOCIÉS



L- Ernster „La joie de vivre“
3 Einfamilienhäuser

Ihre Ansprechpartner:
Klaus und Marita Mayer
+352 / 691 204 744
+49 (0) 65 62 / 62 13 00 – 0
www.2m-bauwerk.de



Vorankündigung:
Neues Wohnraumprojekt

Drei hochmoderne, helle und architektonisch herausragend geplante Häuser in den Komfortgrößen von 180 – 210 m² plus Dach- und Gartenterrassen warten auf Sie. Lebensfreude, wie der Name des Projektes, Flair, Vielfalt, Faszination und hochwertiges Wohnen in bester Vorzugslage mit Fernsicht und einem faszinierenden Naturblick über alle Jahreszeiten.

Alle drei Häuser sind vielseitig nutzbar und eignen sich für alle Lebenssituationen. Sie wohnen stilsicher und zentral mit Mehrwert. Auf Wunsch gerne barrierefrei und rollstuhlgerecht, da die Option „LIFT“ gegeben ist. Im frühen Verkaufsgespräch haben Sie die Möglichkeit Ihre eigenen Planungswünsche mit einzubringen (sofern statisch umsetz- bzw. änderbar).

Schnelle Verkehrsanbindungen: Die Entfernungen von Ernster zum Kirchberg 12 km, zum Flughafen Findel 11 km, nach Junglinster 4 km, nach Senningerberg 4 km und nach Stadt Luxemburg 15 km. Autobahnzufahrten A1/E44 (Tréierer Autobunn – Luxemburg/Trier) oder A7/E39/E421 (Nordstroos) – Richtung Norden Schieren, Diekirch ca. 10 Autominuten.





Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause